STADTSENATSMITGLIEDER

Stadtrat Detlev EISEL – EISELSBERG

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Meine Damen und Herren! Die Menschen werden ungleich geboren. Der große Segen der Gesellschaft besteht darin, diese Ungleichheit so weit wie möglich durch die Beschaffung von Sicherheit des erforderlichen Eigentums, der Ausbildung des Beistandes für einen Jeden zu vermindern. Dieses Zitat des französischen Moralisten Joseph Jaubert ist mehr als 200 Jahre alt. Auch heute können wir dem Inhalt aber nur voll und ganz zustimmen. Wie sieht aber die Realität aus? Wann ist die Ungleichheit zwischen Menschengruppen und Völkern ausgeglichen? Wann lebt eine Gesellschaft im Wohlstand und woran wird der Wohlstand eines Landes eigentlich gemessen? Nun da kennen wir zuallererst alle gemeinsam das sogenannte BIP, das Bruttoinlandsprodukt als zentrale anerkannte Größe, misst eben diese wirtschaftliche Produktion einer Gesellschaft und eine jährliche Steigerung des BIP könnte nun suggerieren, es gehe uns immer besser. Nur über den Wohlstand einer Gesellschaft lässt sich mit dem BIP wenig aussagen. Immer größere Anteile der Produktion werden nämlich in Bereichen gebunden, die lediglich zur Reparatur entstandener Schäden oder der Erhaltung des Status quo dienen. Umweltfolgekosten, Sozialfolgekosten, gestiegene medizinische oder psychologische Behandlungskosten, oder auch Naturkatastrophenschäden wie Erdbeben oder Überschwemmungen werden im Bruttoinlandsprodukt positiv verbucht. Ich wiederhole, Reparaturkosten im weitesten Sinn werden positiv verbucht. Ein Ansteigen des BIP suggeriert damit vollkommen falsch einen Wohlstandsgewinn, in Wahrheit vermindern sich die Güter, die für individuelle Konsumzwecke zur Verfügung stehen seit Jahren stetig. Und dieses Ergebnis zeigt sich auch dann besonders deutlich, wenn wir eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung anstellen, dafür gibt es die entsprechenden Modelle. Dann verbuchen wir zwar ein gestiegenes BIP, doch seit Ende der 70er-Jahre stagniert eigentlich unser Wohlstand oder er nimmt sogar leicht ab. Und ganz abgesehen davon, haben nicht auch Bildungsniveau literarisches und künstlerisches Schaffen wesentlichen Anteil an

Wohlstand und Blüte? Herausragende Leistungen der Menschheitsgeschichte sind künstlerische, literarische, religiöse und wissenschaftliche Werke. Die Kunst von Florenz, das bürgerliche Gemeinwesen Venedigs, die Werke William Shakespeares und Charles Darwins, um nur einige Beispiele zu nennen, sie alle wurden in Gemeinschaft mit einem sehr niedrigen Bruttoinlandsprodukt geschaffen. Was kann also für uns das Ziel sein, wenn das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes es nicht sein kann? Ich gebe zu, dass es schwierig ist, in dieser globalisierten Welt, in der wir uns immer wieder und immer öfter den Großmächten, internationalen Finanzmärkten und Umweltkatastrophen ausgeliefert fühlen, auch in regionalen, ja auch in lokalen Kategorien zu denken, aber ich bin überzeugt davon, gerade das ist unsere Aufgabe. Wir haben die Aufgabe, unseren eigenen Schrebergarten zu bearbeiten und wir haben genauso die Aufgabe, immer wieder über den Zaun hinauszuschauen. Und es ist nicht zulässig und auch nicht verantwortungsvoll, Ziele, wie beispielsweise jene einer ökosozialen Marktwirtschaft, vom Tisch zu wischen, weil uns dieses Thema zu global vorkommt. Ich möchte einen Vergleich bringen: Vor 30 Jahren war die Ölkrise auch ein sehr globales Thema, viele von Ihnen werden sich noch auf die Aufkleber an den Autos erinnern, wo man den Tag anzeigen musste, an dem man sein Auto nicht in Betrieb nehmen wollte. Was die Menschen damals gespürt haben, waren die Auswirkungen in Form von Autofahrverbot, von erhöhten Treibstoffpreisen. Umweltschutz war deswegen aber noch lange kein Thema und zum Mülltrennen hat sich mit Ausnahme von einigen Fanatikern damals sicher noch niemand entscheidend gekümmert. Es war ein langsamer, ein schleichender, aber ein stetiger Prozess, der erst in den 80er-Jahren seinen richtigen Lauf genommen hat und dazu geführt hat, dass Umweltbewusstsein entstanden ist im eigenen Bereich, aber auch auf lokaler, auf regionaler Ebene. Und letztlich hatte und hat dieses Verhalten auch Auswirkungen auf globaler Ebene gehabt. Einen ähnlichen Verlauf sehe ich, und ich erhoffe ihn, bei der ökosozialen Marktwirtschaft. Dabei geht es um die bewusste Aktivierung der Marktkräfte zur Erhaltung der Umwelt unseres natürlichen Lebensraumes und eines gerechten sozialen Ausgleichs. Und da scheint mir eine Gemeinde, eine Kommune nicht ganz so machtlos und ohnmächtig zu sein, wie es auf den ersten oder zweiten Blick aussieht. Und wenn wir gemeinsam über alle, auch städtischen Politikfelder hinweg auf jeder Ebene für Nachhaltigkeit, für eine ökosoziale Stadtpolitik stehen und das bedeutet für uns, dass wir die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Rahmenbedingungen und Entwicklungspotentiale

unserer Stadt so gestalten, dass auch in Zukunft möglichst viele Menschen Gelegenheit haben, etwas aus ihrem Leben zu machen und ihr Leben individuell zu gestalten. Ökosoziale Stadtpolitik ist eine Politikform, die vor allem die Bereiche Umwelt, Soziales und Wirtschaft nicht mehr getrennt behandelt oder gar gegeneinander ausspielt, sondern im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips zusammenführt.

Und meine Damen und Herren, um es im Sinne von Josef Riegler und Anton Moser zu sagen, eine Gesellschaft ist dann nachhaltig, wenn sie so strukturiert ist und sich so verhält, dass sie über alle Generationen existenzfähig ist. Dieses Bild einer nachhaltigen Gesellschaft steht aber, wie wir alle wissen, leider im krassen Gegensatz zur derzeit vorherrschenden Mentalität das Wirtschaftswachstum aufrecht zu erhalten, koste es, was es wolle. Wie erfolgreich ein Unternehmen ist, wird in den meisten Fällen an seinem Umsatzwachstum, an der Gewinnsteigerung, an Expansionsbestrebungen gemessen. Nur selten werden soziale Errungenschaften innerhalb der Betriebe, umweltschützende Maßnahmen oder alternative Arbeitsplatzpolitik öffentlich hervorgehoben und anerkannt. Diese Wachstumsklischees in den Denkvorstellungen müssen daher erst einmal überwunden werden, bevor Vorstellungen über eine nachhaltige Gesellschaft entwickelt und auch gelebt werden können. Die meistverwendete Definition von nachhaltiger Entwicklung findet sich im so genannten Brundtlandbericht „Our Common Future“ der Kommission der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung, wo es heißt: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generationen entspricht, ohne die Möglichkeiten der künftigen Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse und ihren Lebensstil zu wählen. Die Forderung dieser Entwicklung dauerhaft zu gestalten, gilt für alle Länder und Menschen.“² Und für eine ökosoziale Stadtpolitik, für eine Nachhaltigkeit auch in Graz haben wir die wichtigsten Grundlagen selbst zur Verfügung, weil diese Grundlagen nicht von irgendjemanden in der weiten Welt bestimmt werden, sondern von uns vor Ort. Und ich bin überzeugt davon, dass wir in nahezu jedem, wenn nicht sogar in jedem Politikfeld auch unserer Stadt eine ökosoziale Stadtpolitik umsetzen können.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.00 Uhr den Vorsitz.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Ich denke da beispielsweise an Entbürokratisierung und Deregulierung, die Integration von Menschen mit besonderen Bedürfnissen ebenso wie von MigrantInnen, ich denke an Lebensqualität durch eine gesunde Umwelt, durch Naherholungsmöglichkeiten, durch Nahversorgung, durch leistbares und menschenwürdiges Leben und Wohnen, aber auch an die Möglichkeit am kulturellen Leben teilzunehmen. Ebenso natürlich auch durch eine moderne und für alle zugängliche medizinische Vorsorge und Betreuung in jedem Lebensalter und nicht zuletzt durch soziale Sicherheit im umfassenden Sinn. Sei es nun durch eine aktive, positive Kinder-, Jugend- oder Familienpolitik oder auch durch sozialpolitische Interventionen, wenn da oder dort die notwendige Balance, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr gegeben ist.

Aber, meine Damen und Herren, auch eine geordnete Finanzpolitik, die in diesem Sinne Prioritäten und Schwerpunkte setzt, ist selbstverständlich ein wesentlicher Bestandteil für eine ökosoziale Stadtpolitik. Es ist ja nicht so, dass in unserer Stadt in Vergangenheit nicht schon vieles in dieser Hinsicht geschehen wäre, und auch der vorliegende Budgetentwurf weist in diese Richtung. Manchmal ist es aber ein etwas anderer Blickwinkel und auch die Motive einzelner politischer Fraktionen, die dazu geeignet sind, derartige Initiativen nicht als Teil einer Idee oder als Teil eines gemeinsamen Weges zu kommunizieren. Unbestritten ist aber auch, dass wesentliche Bereiche verstärkt werden müssen und noch bewusster zu bearbeiten sind. Aber es liegt an uns, an Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates und an uns in der Stadtregierung, in den jeweiligen Ressorts die entsprechenden Akzente zu setzen. Was wir dazu nicht brauchen, ist Miesmacherei, Krankjammerei und das gegenseitige Heruntermachen. Was wir aber sehr wohl dafür brauchen, ist ein Feuerwerk an Ideen und ein Mobilisieren der Intelligenz in dieser Stadt und auch in unserem Land. Dazu brauchen wir in allererster Linie einmal zuerst unsere persönliche Bereitschaft. Und dafür brauchen wir natürlich auch Verbündete und ich denke da in erster Linie an die Grazerinnen und Grazer, die es für eine neue, für eine ökosoziale Stadtpolitik zu gewinnen gilt. Ein Artikel in der gestrigen Kleinen Zeitung mit der Überschrift „Verschenken mit gutem Gewissen“ bestärkt mich jedenfalls im Gedanken, zu allererst auf Bewusstmachung, auf Bewusstseinsbildung zu setzen. Demnach setzen immer mehr Steirerinnen und Steirer beim Weihnachtseinkauf auf fair gehandelte Produkte, immer mehr achten neben Qualität und Preis auf Herkunft

und Art der Herstellung der Artikel. Ethische, moralische Einstellungen spielen beim Einkauf eine große Rolle, wie auch eine Motivforschungsstudie feststellt. Auch das ist ein Prinzip ökosozialer Marktwirtschaft. Der Konsument muss wissen, was er kauft. Derart positive Entwicklungen wie bei Fair sind aber nicht einfach passiert, sondern sind das Ergebnis jahrelanger Bemühungen einzelner, engagierter Vordenker dieser Idee, die mit dem Jüttesackerl-Image behaftet in einem lange währenden Schattendasein bestenfalls ein müdes mitleidiges Lächeln erteten. Aber für mich ist auch in diesem Zusammenhang sehr positiv, dass nicht nur die Weltläden, sondern mittlerweile auch die Großmärkte reagiert haben und immer stärker auf diesen Trend setzen. Was mir wiederum beweist, so hilflos ist der Konsument doch nicht und Nachfrage erzeugt also heute auch noch das Angebot. Ich meine, darauf kann man und darauf muss man aufbauen und diese Bewusstseinsbildung auf allen Ebenen verstärken (*Applaus ÖVP*). Möglichkeiten gibt es dafür viele, ich denke da beispielsweise an die gesamten Bildungs-, Ausbildungs- und Fortbildungsbereiche, wo es ganz sicher gelingen kann, diese Gedanken in alle Altersgruppen zu implementieren. Auch hier findet sich ein Prinzip der ökosozialen Marktwirtschaft, Bildung als Grundlage für besseren Umweltschutz. Umweltbewusstsein muss als allgemeines Bildungsziel vom Kindergarten über den Pflichtschulbereich über die Lehre, über die Universität, den außeruniversitären Bereich anerkannt sein und die Ausbildung von Umweltspezialisten und die Schaffung entsprechender Berufsbilder müssen ein noch wesentlicherer Bestandteil in der Orientierung innerhalb der Gesellschaft werden. Und bedeutende Vorbildfunktionen nehmen hier Familie, Schule, aber im besonderen Maße natürlich die öffentliche Hand ein. Warum, meine Damen und Herren, sollte sich die Stadt Graz nicht einen oder mehrere Schritte voraus wagen und eine Vorreiterrolle übernehmen, wenn ich an das gesamte Beschaffungswesen oder diverse Ausschreibungen denke? Es ist vieles geschehen und mir auch klar, dass uns in manchen Bereichen massive Schranken vorgegeben sind, nicht erst, aber insbesondere auch durch die EU. Haben wir aber unsere Grenzen wirklich schon völlig ausgereizt, ist dafür schon alles Kreativpotential aufgewendet worden? Ich habe jedenfalls mit unserem Bürgermeister vereinbart, nochmals alle Möglichkeiten zu durchleuchten und dem Gedanken einer ökosozialen Stadtpolitik auch hier mehr Stellenwert zu geben. Kein Malussystem, sondern ein Bonussystem sollte hier gefunden werden, um auch positive Nachahmungstätter zu finden. Trotz aller Sparnotwendigkeiten kann nicht der jeweilige Billigstbieter,

sondern nur der Bestbieter unser gemeinsames Ziel sein und der beste Preis, meine Damen und Herren, ist jener, dem eine soziale und umweltschonende Kalkulation zu Grunde liegt (*Applaus ÖVP*). Dazu müssen wir dem Markt die richtigen Signale geben. Ein weiteres Prinzip ökosozialer Marktwirtschaft, und die Stadt Graz ist in der Lage dazu, daran zweifle ich nicht.

Investitionen in die Köpfe der Menschen, ich bezeichne es einmal so, sind aus meiner Sicht jedenfalls eine ganz wesentliche Voraussetzung für das Gelingen dieser Idee. Es muss ein gemeinsames Verständnis, noch besser ein gemeinsames Bekenntnis für eine ökosoziale Stadtpolitik geben. Und auch als neuer Referent für Wirtschaft- und Tourismusedwicklung fühle ich mich hier natürlich gefordert, den einen oder anderen Akzent zu setzen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Wirtschaft hat nicht nur die Aufgabe zu produzieren oder diverse Dienste zu leisten. Die Wirtschaft hat auch ökologische und soziale Aufgaben und erfreulicherweise erfüllen die meisten Unternehmerinnen und Unternehmer in unserer Stadt diese Aufgaben auch. Dafür gibt es viele, sehr viele Bestprojekte als Beispiele. Auch in unserer Stadt, die wir im beiderseitigen Interesse aber noch besser kommunizieren müssen. Selbstverständlich wird das Wirtschaftsressort die vom Gemeinderat bis zum Jahre 2008 beschlossene Wirtschaftsstrategie weiter verfolgen, aber ich bin zutiefst davon überzeugt, dass auch hier ökologische und soziale Gewichtungen möglich sind und dass sich diese Gewichtungen letztendlich auch auf den Wirtschaftsstandort Graz positiv auswirken werden.

Ich möchte an dieser Stelle mit dem Schlagwort Mindesteinkommen niemanden verschrecken. Ich denke da auch nicht an neue Steuern und Abgaben und auch nicht an die damit verbundenen höheren Arbeits- und Produktionskosten und Produktkosten. Aber muss es, meine Damen und Herren, in einer Gesellschaft wie der unseren nicht ein allgemeines politisches Ziel sein, dass jemand, der 40 Stunden in der Woche arbeitet, egal was oder wo er arbeitet, auch tatsächlich davon leben kann, menschenwürdig leben kann (*Applaus ÖVP, SPÖ und KPÖ*)? Ich weiß, dass wir diese Herausforderung nicht allein bewältigen können, ich kann aber andererseits auch nicht akzeptieren, dass so viel Experten, Wirtschaftsgurus, Wissenschaftler, die Sozialpartner, die vielen hellen Köpfe in unserem Land und natürlich auch die Politik bisher in dieser Frage immer auf der Stelle treten. Ich denke, dass wir hier alle noch gefordert sind, Antworten zu geben, aber auch diese Antworten von anderen

einzufordern und auch den Slogan „Geht es der Wirtschaft gut, geht es den Menschen gut“ kann ich aus dieser Sicht nur sehr differenziert sehen. Es muss doch allen klar sein, dass nur eine leistungsfähige und wettbewerbsfähige Wirtschaft das Fundament für soziale Sicherheit (Applaus ÖVP), nur eine leistungsfähige und wettbewerbsfähige Wirtschaft ist das Fundament für soziale Sicherheit, für soziale Fairness und für gelebte soziale Solidarität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nichts ist besser als der Markt, von dieser Aussage soll sich niemand irritieren lassen, auch das ist ein Prinzip ökosozialer Marktwirtschaft. Der Mensch als individuelle Persönlichkeit steht immer im Mittelpunkt der Wirtschaft. Respekt und Honorierung seiner Leistung sowie Erfolg sind zuzulassen, um menschliche Antriebe zu mobilisieren und damit Motor menschlicher Schaffenskraft zu werden (*Applaus ÖVP*). Es ist freilich der Auftrag und auch die Kunst der Politik, die starken Kräfte des Marktes so zu beherrschen und zu steuern, dass sie für das jeweilige gesellschaftlich wünschenswerte Ziel wirken. Aber auch die Antriebe sind so zu kanalisieren, dass man nicht im brutalen Ellbogenkapitalismus landet. Das scheint mir einer der Hauptaufgaben der Politik zu sein.

Zwischenruf GR. Herper: Kapitalismus zu bändigen.

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Starkes Wirtschaftswachstum und bessere soziale Absicherung wurden in den 50er- und 60er-Jahren weitgehend realisiert. Nun geht es darum, den angeblich klassischen Gegensatz zwischen Wirtschaft und Umwelt in konstruktiver Weise zu überwinden. Das Schreckgespenst, das in einer ökologischen und sozialen Ausrichtung der Wirtschaft vermutet, dass hier Arbeitsplätze gefressen werden, nehmen nur mehr wenige, dafür aber in der öffentlichen Wahrnehmung umso lautere ernst. Das hindert einige Ewig-Gestrige aber leider noch immer nicht daran, in dieser polarisierenden Mottenkiste zu krame, vielfach wohl auch aus eigenem Profitdenken. Ich meine, ein Zitat von Mahatma Gandhi beschreibt sehr gut,

woran ich an dieser Stelle denke. Er sagt: Die Erde hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.

Geschätzte Damen und Herren, viele Beispiele haben mehrfach bewiesen, dass eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschaft Arbeitsplätze schafft und zwar solche mit Qualität und Bestand. Darum habe ich auch die Hoffnung, dass eine ökosoziale Stadtpolitik sich auch in den Bereich besonders auswirken kann, positiv sich auswirken kann, der mir persönlich sehr am Herzen liegt und das ist der Bereich der Jugendbeschäftigung. Bereits im Vorjahr habe ich mich bei der Wortmeldung zum Voranschlag des heurigen Jahres diesem Thema gewidmet und ich möchte mich auch nicht in Einzelheiten wiederholen. Leider ist dieses Thema nach wie vor sehr aktuell und nicht vom Tisch. Es muss uns gemeinsam gelingen, hier neue Perspektiven zu eröffnen den jungen Menschen und auch neue Wege zu beschreiten und es sind Fragen, die uns alle hier im Haus bewegen und auf die wir gemeinsam Antwort finden müssen. Insbesondere auch, weil Arbeit und Erwerbstätigkeit mit Sinnerfüllung zu tun haben und weil Arbeitslosigkeit nicht nur persönliche Tragödien bedeuten, sondern auch der beste Nährboden für Entsolidarisierung und Rassismus sind und weil frustrierte unzufriedene Menschen, enttäuschte Menschen eine leichte und willige Beute für Demagogen und Populisten sind, das zeigt uns die ältere und jüngere Geschichte immer wieder (*allgemeiner Applaus*). Auch hier, meine Damen und Herren, müssen wir uns alle mit ganzer Kraft einsetzen und neue Antworten finden. Mit allen unseren zugegebenermaßen beschränkten Möglichkeiten, wir dürfen nur keine einzige Möglichkeit unversucht oder ungenutzt lassen.

Ich hoffe sehr, dass die Jugendbeschäftigungsdrehscheibe hier neue Perspektiven ergibt, auch wenn wir uns unmittelbar davon natürlich keine Wunder erwarten dürfen, so ist doch die große Chance gegeben, auf die bisherige Arbeit aufzubauen und die eigentlich nicht geringe Dichte vorhandener Einrichtungen und Angebote bestmöglich zu nutzen. Ganz sicher wird auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Akteuren wie dem AMS, der Wirtschaftskammer oder Weiterbildungseinrichtungen zielführend sein und auch in Fragen der Finanzierung werden wir wohl kreativer sein müssen als bisher. Eine sehr wichtige Voraussetzung ist allerdings, dass dieses Thema hier im Haus allen ein besonderes Anliegen ist und ich bitte Sie auch ausdrücklich so wie bisher um ihre engagierte Mitarbeit und um ihre Ideen.

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Fit für den Arbeitsmarkt ist man aber nicht nur durch umfangreiches Fach- und Allgemeinwissen, mehr denn je bekomme ich auch in Gesprächen mit Unternehmerinnen und Unternehmen, aber auch in Gesprächen und Diskussionen mit Fachleuten befasster Institutionen zu hören, dass Jugendliche zwar völlig falsche Erwartungshaltungen an den Beruf haben, dafür aber weder Benehmen, Konsequenz, Disziplin, entsprechendes Auftreten oder gar soziale Kompetenz für die Arbeit mitbringen. Dieser Befund mag wohl stimmen, wo sollen unsere Kinder und Jugendlichen diese Fähigkeiten aber erlernen, wenn einerseits offensichtlich im Elternhaus dem zuwenig Bedeutung geschenkt wird und auch Kindergärten und Schulen diese Defizite nicht mehr wettmachen können?

In den vergangenen Jahren habe ich Ihnen als Sportreferent sehr oft darüber erzählen müssen, wie katastrophal die medizinische und auch sportmedizinische Verfassung auch unserer Grazer Kinder und Jugendlichen ist. Auch wenn wir durch verschiedenste Initiativen unter dem Titel der bewegten Stadt hier zumindest punktuell einiges umsetzen konnten, kann ich heute natürlich hier keine Entwarnung geben. Ich habe aber auch immer wieder aus Überzeugung festhalten können, dass Sport natürlich weitaus mehr ist als nur körperliche Ertüchtigung. Sport bedeutet eben genau dieses soziale Lernen in allen Facetten. Hier lernt man Konsequenz, Disziplin, Teamgeist, Rücksichtnahme, Durchsetzungsvermögen, Selbstsicherheit, Selbstvertrauen, Kontakt- und Konfliktfähigkeit. Und das alles noch zumeist mit großem Spaß. Und als Sozialkompetenz gilt unter anderem, wer es schafft, einen akzeptablen Kompromiss zwischen sozialer Anpassung und den eigenen Bedürfnissen zu verwirklichen. All das lernt man im Sport, vor allem natürlich, im Mannschaftssport. Wir müssen daher auch weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um den Sport noch näher an die Kinder und Jugendlichen zu bringen, sie ermutigen, sie begeistern, Sport und Bewegung auszuüben (*Applaus ÖVP*). Und ich bitte darum freilich auch nicht zu übersehen, dass gerade der Sportbereich der verhältnismäßig geringen öffentlichen Mitteln noch so viele ehrenamtliche Leistungen bringt und darum möchte ich auch an dieser Stelle wiederum den fast 15.000 Ehrenamtlichen, die in unseren 300 Vereinen über 12.000 Jugendliche betreuen, sehr herzlich danken und zugleich auch eine Kritik anschließen, die sich auf eine Formulierung mit den Beschlüssen zum Voranschlag bezieht; hier steht geschrieben, dass der Termin für die Auszahlungen aller Transferleistungen und Subventionen mit

12. Dezember des kommenden Jahres vorgesehen ist. Ich weiß schon, es steht auch ein Satz dabei, man kann dazusagen, wenn es notwendig ist, das vorher auszuzahlen, dann müssen wir es so beschließen lassen, in welchem Gremium auch immer, aber ich denke, es ist insgesamt nahezu eine Zumutung, weil wir finden diesen richtigen Termin nicht. Niemand von uns würde bis zum 12. Dezember arbeiten oder gar seine eigenen persönliche Mittel vorstrecken, um uneigennützig ehrenamtlich in irgendeinem Verein für andere zu arbeitenden Leistungen für unsere Stadt, für unser Gemeinwesen zu übernehmen. Ich glaube nicht, dass man so mit Ehrenamtlichen in dieser Stadt umgehen kann, dann wenn wir früher auszahlen, wird es wieder heißen, ja warum, das Jahr ist ja noch nicht vorbei oder wir kehren zurück zu einer großen Bürokratie und finden zwei Auszahlungstermine im Jahr. Ich glaube, die bisherige Vorgangsweise war ok, in der zweiten Jahreshälfte auszuzahlen, aber zwei Wochen vor dem Jahreswechsel ist das, glaube ich, für die Vereine in Graz nicht zumutbar (*Applaus ÖVP*).

Das Sportressort wird im kommenden Jahr natürlich die Sportkurse für rund sechseinhalbttausend Kinder in 30 Sportarten wiederum durchführen, die spezielle Förderung des Jugendsports fortsetzen. Die Sanierung von Vereinsanlagen in den so genannten stadt eigenen Vereinsanlagen der Dachverbände wird, so gut es geht, weiterhin unterstützt werden und selbstverständlich auch die Vereinsförderung, wo wir verstärkt auch darauf setzen, dass vor allem junge Mädchen und Frauen hier verstärkt in Vereinen eingebunden werden.

Bei unseren Bezirkssportplätzen möchten wir sehr gerne zwei neue Beachvolleyballplätze errichten und eine Skateranlage. Die Loipen in Andritz und Thal werden weiter betrieben. Wir werden einige Veranstaltungen unter dem Titel der bewegten Stadt wiederum anbieten, seien es Langlaufveranstaltungen, das City-Skating, das Fußballturnier für die Grazer Volksschulen, den dritten Grazer Laufcup für Schulen und Vereine, den Grazer Bikerschulsportcup und ein Anliegen, das wir auch besonders verfolgen werden, ist eine Fair-Play-Aktion mit den Fußballverband und der TSG, weil hier in letzter Zeit und in den letzten Monaten Entwicklungen zu verfolgen sind, die wir eigentlich entschieden bekämpfen müssen. Das Sachprogramm Sport, das habe ich Ihnen eigentlich für das heurige Jahr angekündigt, das war eine sehr intensive Arbeit des Sportbeirates und es wäre sich wahrscheinlich irgendwie ausgegangen, vielleicht auch heute auf die Tagesordnung zu kommen, ich sage es ihnen ganz ehrlich, das Thema ist mir einfach zu schade,

um am Rande einer Budgetsitzung unterzugehen. Ganz sicher im ersten Quartal werden wir uns über die Ziele und die weiteren Vorgangsweise in der Stadt Graz mit dem Sachprogramm Sport auseinandersetzen. Ich freue mich, dass wir beim Bad Eggenberg jetzt zumindest einmal den Stand erreicht haben, der vor der Landtagswahl erreicht war, nicht mehr und nicht weniger ist es. Es freuen sich...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Ist nicht.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Es ist viel mehr, die Frau Landeshauptmann und der Herr Landesrat Schützenhöfer, seinerzeit Landesrat, uns diese Zusage gegeben haben, ich sehe da keinen Unterschied. Wichtig ist, wir werden das Projekt gemeinsam umsetzen, weil ich denke, dass wir auch beim Bund erfolgreich sein werden (*Applaus ÖVP*). Sie werden am Samstag in der Kleinen Zeitung auch gelesen haben, dass die Fun Hall ihren Standort verliert und dass momentan es so aussieht, dass zahlreiche Skater in Graz keine Heimstätte finden können oder keine haben werden. Ich kann Ihnen nur sagen, wir sind intensiv auf der Suche nach einem Ersatzstandort. Es gibt auch schon sehr konkrete Gespräche, ich bin jedenfalls zuversichtlich, dass wir auch dieser Sportart, die von sehr, sehr vielen Grazer Kindern und Jugendlichen ausgeübt wird, eine neue Heimstätte gemeinsam mit WIKI geben werden können und dass wir seitens des Sportressorts jenen Beitrag leisten werden, der uns möglich ist (*Applaus ÖVP*). Wenn ich nun zum Abschluss komme, dann gilt zunächst mein großer Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ämtern und natürlich auch in meinem Büro. Selbstverständlich schließe ich auch mich dem Dank meiner Vorredner an, wenn es darum geht, die engagierte Arbeit der Finanz- und Vermögensdirektion zu würdigen. Mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates für das Arbeitsklima, in dem wir alle, auch bisweilen differenzierten Sichtweisen, um sachliche Lösungen bemüht sind. Dank sagen möchte ich auch Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, für die Zusammenarbeit in den vergangenen Monaten und die stets konstruktiven sachlichen Beiträge und Diskussionen. Mir macht die gemeinsame Arbeit mit Ihnen jedenfalls viel Freude.

Insgesamt, meine Damen und Herren, kann man dem Voranschlag 2006 aus gutem Grund zustimmen. Es ist ein Voranschlag, der den Sanierungskurs der Stadt mit größtmöglicher Intensität fortsetzt, zugleich aber klare Prioritäten setzt. Für soziale Verantwortung, für Kinder, Jugendliche und Familien, für Bildung und Ausbildung und auch für Bewegung und Sport. Es ist aber ebenso ein Budgetentwurf, der nicht für Stillstand und damit Rückschritt steht, sondern für Dynamik und Zukunft. Und weil heute schon manche darum bemüht waren zu argumentieren, wessen Handschrift denn dieser Voranschlag trägt, wer sozusagen die Urheberrechte dafür hat. Meine Antwort darauf lautet: Niemand hat ein Monopol auf soziales Engagement oder auch eine menschliche Politik. Genauso wenig, wie es ein alleiniges Anrecht auf gute Ideen, etwa in Umweltfragen oder Allwissenheit in Finanzfragen gibt. Dieser Voranschlag ist ein Produkt einer Arbeitsgemeinschaft, die die Verantwortung für diese, unsere Stadt Graz sehr ernst nimmt. Danke (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

Stadträtin Elke K A H R

Sehr geehrte Damen und Herren!

Heute stehe ich zum zweiten Mal heraußen und ich möchte aber, bevor ich zu meinen Schwerpunkten für das kommende Jahr komme, eines sagen, dass ich den Beitrag von meinem Kollegen Stadtrat Eisel-Eiselsberg ich fast als zweite Budgetrede betrachte und ich muss ganz ehrlich gestehen, mir hat dieser Beitrag besser gefallen.

Ich möchte mich heute sehr kurz fassen und zwar aus zwei Gründen, einerseits weil ich in der Budgetrede selbst schon sehr viel zum Thema Wohnen gesagt habe und zum anderen, weil ich persönlich nicht der Typ bin, der mit etwas glänzen will, was eigentlich hauptsächlich mein Vorgänger Ernestes Kaltenegger in diesem Ressort geleistet hat und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wohnungsamtes. Ich sehe meine Schwerpunkte für das kommende Jahr aber vor allem, und das ist Ihnen bekannt, es ist heute auch schon angesprochen worden, ich hatte vor wenigen Tagen eine Pressekonferenz gegeben über die Schaffung von zusätzlichen erschwinglichen Gemeindewohnungen und in der Fortsetzung der Sanierungsoffensive von unseren Gemeindewohnungen (*Applaus KPÖ*). Ich denke, und das ist allen, die auch schon längere Zeit im Wohnungsvergabeausschuss sind, bekannt, dass wir dringend einen Bedarf haben an erschwinglichen Gemeindewohnungen. Dieser Bedarf und auch diese Zahl von 650 ist nicht eine Zahl, die jetzt neu ist, sondern dieser Bedarf war schon in der Periode 1998/2003 gegeben und hat mein Kollege Ernest Kaltenegger, wie er 2003 das Wohnbauressort dazubekommen hat, ist dieser Bedarf auch formuliert worden. Man kann aber nur Wohnraum schaffen, wenn man auch, wie gesagt, die entsprechenden Grundstücke zur Verfügung gestellt bekommt und natürlich auch die entsprechende finanzielle Unterstützung. Ich muss aber sagen, es hat die entsprechende Unterstützung seitens des Landes in den vergangenen Jahren vor allen im Zusammenhang mit der umfassenden Sanierung von unseren städtischen Wohnhäusern sehr wohl gegeben und dafür stehe ich auch hier nicht an, mich zu bedanken, weil ohne diese Unterstützung wären wir nicht so weit gekommen (*Applaus KPÖ*).

Die Wohnbauvorhaben für das kommende Jahr, die zur Realisierung anstehen, sind auf der einen Seite Mitte nächsten Jahres die Fertigstellung der Wohnhäuser am Grünanger, der Beginn der Arbeiten mit dem Wohnbauprojekt Raiffeisenstraße, da wird der Übergabetermin 2007 sein und das Wohnbauprojekt Schönaugasse/Fröhlichgasse, wo ebenfalls die Übergabe im Jahr 2007 sein wird. Was die umfassenden Sanierungsvorhaben betrifft, liegt weiterhin der Schwerpunkt in der Triester Siedlung, hier werden vor allem die Wohnhäuser in der Vinzenz-Muchitsch-Straße 23, 25 und 27 saniert sowie die Wohnhäuser in der Weißenhofgasse 10 und 12 und in der Moserhofgasse 17. Zur umfassenden Sanierung, wie Sie wahrscheinlich wissen, gehört die Einleitung von Fernwärme sowie die thermische Sanierung und der Einbau der Nasszellen. Weiters wird es auch zu dringend notwendigen Sanierungen im Rahmen der Erhaltungsarbeiten nach den § 18-Mietrechtsgesetz bei den Wohnhäusern in der Reihersadlgasse 39, in der Fasangartengasse 26 und 28, in der Reihersadlgasse 30 und in der Hermann-Löns-Gasse 31 kommen. Im Zusammenhang mit den Gebäudeerhaltungsarbeiten wird es zur Errichtung einer Liftanlage in der Schippingerstraße 29 auf Wunsch der Mieter und Mieterinnen kommen, sowie das Nasszelleneinbauprogramm wird auch in den kommenden Jahr weiter fortgesetzt werden. Im Rahmen der Verschönerungs- und Verbesserungsarbeiten wird hier der Schwerpunkt vor allem beim Einbau von Heizungsanlagen liegen, wo ich meine, dass das auch ein ganz wichtiger Beitrag im Zusammenhang mit der Reduzierung der Feinstaubbelastung in unserer Stadt Graz beiträgt. Instandhaltungsarbeiten wird der Schwerpunkt vor allem bei der Grünangersiedlung liegen, hier ist in diesem Jahr schon begonnen worden, das äußerst desolate Wasserleitungsnetz zu sanieren, auch im kommenden Jahr wird es hier zu einer Fortführung der Sanierung dieses Wasserleitungsnetzes brauchen, weil es auch nicht so sein kann, dass der Altbestand der Wohnungen an die Qualität der Neubauten nicht angeglichen werden kann.

Insgesamt möchte ich mich für die geleistete Arbeit aller Bediensteten in der Stadt Graz hier nochmals bedanken. Ich habe schon bei der Budgetrede gesagt, dass sie es nicht leicht gehabt haben und es auch in Hinkunft nicht leicht haben werden. Sie stellen aber sicher, dass die Menschen in unserer Stadt Graz ein Angebot bekommen und eine Sicherheit auch vorfinden in der Erbringung der Leistungen der Stadt Graz. Besonderer Dank gilt aber natürlich allen Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern meines Amtes, das ist keine leichte Aufgabe, meine Damen und Herren, die Kolleginnen und Kollegen des Wohnungsamtes haben es tagtäglich mit Menschen zu tun, denen es nicht sehr gut geht und wo es größter Sensibilität braucht, dieses Fingerspitzengefühl und diese Arbeit ist nicht hoch genug zu schätzen und dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Ich möchte mich aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialamtes bedanken, die tagtäglich mit den KollegInnen im Wohnungsamt zusammenarbeiten und auch eine ganz tolle Arbeit hier leisten. Besten Dank (*Applaus KPÖ*).

Stadträtin Tatjana KALTENBECK - MICHL

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeindefrat, sehr geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Pariser Vororte und die gewalttätigen Vorgänge in dieser Region sind heute auch hier in diesem Hause schon einmal angesprochen worden, wurden viel diskutiert in den Medien und auch bei anderen Gelegenheiten und ich denke, dass es Ihnen ähnlich gegangen ist wie mir, als Politikerin wurde ich immer wieder gefragt, können Sie sich vorstellen, dass solches auch in Graz, dass solches auch in Österreich passiert, Gemeinderätin Potzinger nickt, kann mir vorstellen, dass du nicht die Einzige bist, die sich das selber gefragt hat oder die das gefragt wurde. Und sehr häufig wurde natürlich aus gutem Grund die Frage verknüpft mit der Anmerkung, dass ja auch wir in Graz nicht nur einen hohen Anteil an Migranten und Migrantinnen haben, sondern eine besondere quantitative Konzentration in einzelnen Bezirken in dieser Stadt. Ich würde dazu sagen, wer aus der Geschichte gelernt hat und wer die Geschichte gut verstanden hat, der weiß sehr wohl, wie berechtigt diese Frage ist, weil der oder die sehr gut weiß, wie schnell ein nationaler Brand zu einem internationalen Flächenbrand werden kann. Trotzdem würde ich diese Fragestellung nicht gerne reduziert wissen auf das Thema Migranten/Migrantinnen oder auf die Ausländerdiskussion, sondern ich würde für gesichert feststellen, dass es sich hier eben nicht nur um das Integrationsthema, dass es sich nicht nur um fehlende politische Konzepte in diesem Bereich handelt, sondern um viel Dramatischeres und auch deshalb dramatisch, weil es so viel mit unserer Realität in diesem Land, in dieser Stadt zu tun hat. Was ganz sichtbar geworden ist bei diesen Vorgängen in Paris war die volle Wucht der neoliberalen, der kapitalistischen, globalen Wirtschaftsentwicklung. Was hier spürbar geworden ist, und ich möchte es damit nicht rechtfertigen, sondern einfach nach Ursachen fragen und nach Wirkungen von Ursachen, was hier sichtbar geworden ist, ist die Wut, ist die Verzweiflung, ist die Angst von Menschen, die ausgegrenzt sind oder sich mit gutem Grund ausgegrenzt fühlen. Was hier spürbar geworden ist, ist die Reaktion von tausenden arbeitslosen jungen Menschen, denen die Gesellschaft keine andere Botschaft zu bieten hat, als

wir brauchen euch nicht, wir haben keine Arbeit für euch. Was hier sichtbar geworden ist, ist die unglaubliche Ohnmacht einer No-future-Generation und die Konsequenzen einer natürlich missglückten Integrationspolitik und vor allem würde ich meinen, und da können wir sehr gut und leider auch sehr traurig und aktuell bei unserer gesellschaftlichen Entwicklung anknüpfen, die Auswirkungen einer Gesellschaft, in der alle Lebensbereiche ökonomisiert werden. Was meine ich damit, liebe Kolleginnen und Kollegen? Ich meine damit, dass ich wahrnehme und mit mir sehr viele und schmerzhaft wahrnehmen, dass immer mehr sämtliche Faktoren des täglichen Lebens als Kostenfaktor betrachtet und als Kostenfaktor ausgewiesen werden; nur noch vielfach als Kostenfaktor ausgewiesen werden und nicht nur Faktoren, sondern vor allem gilt das auch für den Menschen. Zunehmend wird der Mensch, auch in der Sprache, mit der über ihn geredet wird, mit der über Gruppen in dieser Gesellschaft geredet wird, ausschließlich als Kostenfaktor gesehen. Ich erinnere an den Begriff: die Überalterung der Gesellschaft. Eine Begrifflichkeit, die ganz deutlich zum Ausdruck bringt, die alten Menschen werden hauptsächlich als Kostenfaktor betrachtet und als logische Folge einer solchen Geisteshaltung kommt es dazu, dass Menschen, die Sozialleistungen annehmen müssen und diese annehmen, sehr schnell zu Sozialschmarotzern abqualifiziert werden. Und immer wieder müssen wir erleben, dass eben nicht menschliche, nicht soziale, nicht ethische oder moralische Dimensionen gesellschaftlicher Prozesse wichtig sind, sondern, dass sich der Wert des Menschen zunehmend reduziert auf die Fragestellung: Was leistet der Mensch in dieser Gesellschaft, aber vor allem, was kostet uns dieser Mensch, was trägt dieser Mensch zur Kostensteigerung oder was trägt er zum Bruttosozialprodukt bei? Es ist ein zynisches Menschenbild, das hier zugrunde liegt und es ist ein unwürdiges Menschenbild, das hier gelebt wird, weil es zu Ausgrenzungen führt, weil jene, die den ökonomischen Kriterien einer ökonomisierten Gesellschaft nicht entsprechen, jene, die sozial benachteiligt sind, jene die nicht gleich leistungsfähig sind wie andere Menschen von vornherein als Ausgabenbudgetposten zählen und weil uns Ökonomen und Spitzenmanager mit Spitzengehältern immer wieder erklären, wir alle müssen den Gürtel enger schnallen. Von den so genannten Global Players, wie auch von Politikern, die sich in deren Dienste stellen, werden wir mit den ewig gleichen Botschaften konfrontiert und ich habe sie zumindest subtil auch heute hier schon in einigen Ansätzen vernommen. Die Luft wird für viele nicht nur immer dünner, sie wird auch trockener. Wir kennen

sie alle die Botschaften, mit denen die Gifte des Neoliberalismus ausgestreut werden. Ich lese sie täglich in den Zeitungen, ich höre sie von Politikern, ich höre sie von Betriebswirten, ich höre sie von so genannten ökonomischen Experten.

Zwischenruf GR. Schönegger: Innen.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Na hauptsächlich Experten, ich weiß schon, wovon ich rede. Wenn ich nicht gendere, dann ganz bewusst, Herr Kollege, davon können Sie ausgehen. Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten, heißt es da, und gemeint ist, wir können uns eine solidarische Gesellschaft nicht mehr leisten. Auch schon heute gehört, der Markt regelt alles. Wer nicht grenzenlos für Privatisierung ist, ist nicht fortschrittlich, Herr Kollege, wenn Sie Ihren Begriff von fortschrittlich hier in den Raum stellen,...

Zwischenruf GR. Schönegger: Habe ich nicht gesagt, Sie haben nicht aufgepasst, wie immer.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Natürlich haben Sie vergessen, was geredet Sie haben, macht nichts, ich habe es mir gemerkt. Wenn Sie den Begriff von fortschrittlich verbinden mit der zunehmenden Privatisierung in dieser Gesellschaft, dann darf ich Ihnen sagen, diese Privatisierung hat dazu geführt, dass immer mehr Menschen in Armut leben, dass immer mehr Menschen ausgegrenzt werden. Die wachsende Privatisierung führt zur Verschärfung der sozialen Gegensätze und alle die, die sagen, sie seien für den Fortschritt und sie seien modern, sagen gleichzeitig oder lassen gleichzeitig verstehen, modernes Denken bedeutet, wir sollten uns damit einfach abfinden, dass es Armut gibt, dass es Kinderarbeit gibt und dass es soziale

Ausgrenzungen gibt. Mein Verständnis von Fortschritt ist ein anderes. Mein Verständnis von Fortschritt ist nicht, dass wir den freien Markt predigen und gleichzeitig die, die ihn predigen und fordern und sagen, der Staat darf sich in nichts einmischen, dann wenn es eng wird, die Hand aufhalten und die Subventionen des Staates gerne nehmen, das ist nicht wirtschaftlicher Fortschritt (*Applaus SPÖ*). Und leider ist es so, dass die Saat, die da ausgestreut wird, tatsächlich aufgeht. Der Kapitalismus befindet sich auf dem Siegeszug, ob es uns gefällt oder nicht und alles wird ihm geopfert auf dieser Welt, auch in Österreich. Die menschlichen Grundbedürfnisse und Werte, der gesellschaftliche Zusammenhalt und das solidarische Denken, die Menschenwürde und letztendlich, da bin ich wieder bei Paris, da bin ich wieder bei den Vororten, da bin ich wieder bei den jungen Menschen dort, der soziale Friede....

Zwischenruf StR. Miedl: Meinst du den Androsch?

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ja, ich kann nichts dafür, wenn Sie die Zusammenhänge zwischen europäischen Entwicklungen und der Tatsache, dass es den Grazerinnen und Grazern auch immer schlechter geht, nicht erkennen und nicht sehen wollen. Neoliberal handeln heißt nicht nur und global handeln kann nicht nur heißen, das Kapital bewegt sich, sondern das heißt wohl auch, das wir Grazerinnen und Grazer ein bisschen über unsere Grenzen hinausschauen und sehen, was zu uns hereinschwappt und dass wir versuchen zu verhindern, was den Menschen droht, auch in Österreich. Meine Damen und Herren, die sozialen Gegensätze, weil der Herr Gemeinderat Schönegger so ein romantisches Bild gezeichnet hat von der sozialen Einstellung unserer Regierung und der ach so sozialen Entwicklung in unserem Staat. Die Zahlen sprechen dagegen, ich mag das andere Bild zeichnen. Die sozialen Gegensätze klaffen auseinander, immer stärker. Die Armutskonferenz Österreichs veröffentlichte im November folgende Statistik: Rund 1.044.000 Menschen in Österreich, das sind 13,2 % der Gesamtbevölkerung in Österreich, gelten als armutsgefährdet, sie verfügen über ein Einkommen unter 785,- Euro pro

Monat. Auf Graz umgelegt sind das, meine Damen und Herren, 32.000 Menschen, 32.000 Menschen leben in dieser Stadt, ich sage es noch einmal, von weniger als 785,- Euro.

Zwischenruf StR. Miedl: Was tun wir, Frau Stadträtin?

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Das werde ich Ihnen gleich sagen, seien Sie nicht so ungeduldig. Gar nicht zu reden von jenen, die sich bereits in tiefster Armut befinden.

Zwischenruf GR. Schönegger: Das sind die BAWAG-Kunden.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Meine Damen und Herren, soviel zur positiven Sozial- und Beschäftigungspolitik der Bundesregierung. Die hat dazu geführt, dass 43.994 junge Menschen unter 25 Jahren im November dieses Jahres keinen Job hatten und das sind, meine Damen und Herren 7,7 % mehr als im Vorjahr. 7,7 % mehr junge Menschen als im Vorjahr haben keine Arbeit. Also wenn die soziale Politik der Bundesregierung so ausschaut, dass immer mehr Menschen keine Arbeit kriegen, dann bedanke ich mich für dieses Verständnis von sozialer Politik (*Applaus SPÖ*).

Meine Damen und Herren, zwei Drittel der armen Menschen in Österreich sind Frauen, und von Armut ganz besonders betroffen sind Alleinerzieherinnen und von Armut ganz besonders betroffen sind Kinder. Und, liebe Gemeinderätin Sissi Potzinger, liebe Kollegin, du hast mir heute in vielen Dingen aus dem Herzen gesprochen und ich schätze unglaublich deinen kämpferischen Einsatz für Familien, auch wenn wir uns in manchen Fragestellungen und Zugängen unterscheiden, aber dafür sind wir ja auch von zwei verschiedenen Parteien. Aber wenn du davon redest, dass Familie Rahmenbedingungen braucht, damit Beziehungen gut gelingen und

damit Familien den Kindern Orientierung geben können, dann müssen wir auch gemeinsam die Frage stellen, wie können wir denn beispielsweise Kinderarmut verhindern, dann müssen wir die Frage stellen, wie können wir dafür sorgen, dass die Menschen tatsächlich mehr Zeit für ihre Kinder haben? Familienfreundliche Arbeitszeiten wäre da zum Beispiel eine der wesentlichen Forderungen, aber da komme ich noch zurück. Und, meine Damen und Herren, wenn wir von Armut reden, wissen wir gleichzeitig, diese Armut wächst jeden Tag und sie wächst mitten in der Wohlstandsgesellschaft; mitten in einem der reichsten Länder Europas und mitten in einem der reichsten Länder dieser Welt und sie wächst deshalb, weil das, was da ist, schlicht und einfach ungerecht verteilt wird. 460.000 Menschen in Österreich sind bereits von akuter Armut betroffen, die Zahl habe nicht ich erfunden. Kleine Zeitung vom 6.12. 05. Das oberste, also reichste, eine Prozent der Bevölkerung besitzt 34 % des Gesamtvermögens. Die obersten 10 % in dieser Gesellschaft besitzen sogar zwei Drittel des Gesamtvermögens Österreichs,...

Zwischenruf GRin. Gesek: Sie waren Jahrzehnte an der Macht.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** ...die obersten 10 % in Österreich, in diesem ach so sozialen Staat, mit dieser ach so sozialen Regierung der Bundespolitik, meine Damen und Herren, verfügen über ein Vermögen von 644 Millionen Euro, und die Frau Gemeinderätin Binder hat es sehr schön gesagt, und zahlen die wenigsten Steuern von allen. Ein Prozent mehr Vermögenssteuer, meine Dame und Herrn, hätte diesem Österreich die Pensionsreform erspart und vieles andere könnten wir uns jetzt auch leisten. Und den Rest von 299 Milliarden Euro Vermögen teilen sich die restlichen 90 % der Gesellschaft. Dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die Kluft immer weiter auseinandergeht und wenn die Armut wächst und wächst. Und es sind Menschen, mit denen Sie zu tun haben und mit denen ich zu tun habe. Ich vielleicht in meiner Rolle als Sozialstadträtin ein bisschen öfter als Sie. Und es sind die Menschen, die in meine Sprechstunden kommen, die mir erzählen, sie haben ihre Arbeit verloren und sie sehen wenig Chancen, wieder eine zu bekommen. Es ist die

Alleinerzieherin, die nach dem Kindergeld, dazu werde ich dann noch etwas sagen, immer weniger Chancen bekommt, zurückzukehren in den Beruf, weil sie auch zu lange aus dem Beruf weggeblieben ist. Es sind die älteren Menschen, die nicht mehr reinkommen in den Arbeitsprozess, es sind die jungen Menschen, denen man mitteilt, sie werden nicht gebraucht, es sind die älteren Frauen, die ein Leben lang ihrer Familie gewidmet haben und dann vertschüsselt sich der Mann und sie muss um den Unterhalt kämpfen. Sie alle interpretieren das, was ihnen widerfährt bestenfalls als persönliches Schicksal, aber die meisten von ihnen interpretieren das, was ihnen widerfährt als Versagen, als persönliches Versagen und ich denke, das hat auch damit zu tun, dass die gängige öffentliche Meinung individuelle Erklärungsmuster von Armut nicht nur zulässt, sondern ständig befördert. Wir kennen die Sprüche alle, ich kenne sie zur genüge, Unternehmer sprechen von arbeitsunwilligen Arbeitslosen, 320.000 arbeitslose Menschen in Österreich sollen alle arbeitsunwillig sein? Wo wir doch gleichzeitig wissen, dass gerade in unserer Gesellschaft die Menschen ihren Selbstwert in erster Linie, ob das gut oder richtig ist, wäre auch eine Diskussion wert, aber in erster Linie aus ihren Beschäftigungsverhältnissen, aus dem, was sie sind, weniger was sie tun, was sie sind, beziehen. Politiker steigen in die Niederungen der Rhetorik herab und bezeichnen arbeitslose Menschen permanent als Sozialschmarotzer, Konzerninhaber philosophieren mehr oder weniger laut darüber, dass die Menschen eben flexibler werden sollen und mobiler werden sollen und so einfach ist die Conclusio, ganz einfach machen es sich die Neoliberalen, wer arm ist, ist selber schuld, wer arm ist, soll sich gefälligst rechtfertigen, wer arm ist, war eben nicht seines Glückes Schmied, hat nicht genügend gut geschmiedet. Was dabei vergessen wird...

Zwischenruf StR. Miedl: Wer sagt das?

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Sie brauchen nur die Zeitungen lesen, Herr Kollege. Diskutieren wir drüber bei einer anderen Zeit, ich schicke Ihnen Zitate haufenweise von Bartenstein und von Schüssel und wie sie alle heißen, brauchen wir ja gar nicht

reden drüber. Aber ich wollte ja hier keine Zitateliste vortragen. Was dabei vergessen wird und was sehr kurzfristig gesehen wird, meine Damen und Herren, ist, dass auch der wirtschaftsliberale Staat funktionierende Menschen braucht, damit er leben kann. Und die Menschen funktionieren nur, wenn wir schon in dieser Philosophie denken wollen, und bleiben nur dann für die Wirtschaft nutzbar, wenn sie gesund, wenn sie zufrieden und wenn sie leistungsfähig sind. Ich denke aber, dass es uns gemeinsam um ein anderes Menschenbild gehen muss und dass es vielen von uns auch tatsächlich um ein anderes Menschenbild geht. Die Rede meines Kollegen Eiselsberg hat ja da klare Worte gesprochen.

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Na eben.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Aber der Kollege Eiselsberg steht ja auch nicht symbolisch für die Neoliberalen, aber einige andere in den konservativen Reihen stehen symbolisch dafür.

Zwischenruf GR. Schönegger: Aber wer denn?

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Was wollen Sie denn gerne, wollen Sie Zitatelisten, soll ich Ihnen Sündenbockregister vorlegen, oder was soll ich Ihnen vorlegen?

Zwischenruf GR. Schönegger: Nie etwas anders gesagt.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Lesen Sie die Zeitungen aufmerksam und lesen Sie die Zeitungen kritisch, dann wissen Sie, wovon ich rede. Meine Damen und Herren, unser gemeinsames Menschenbild, das ist heute schon sehr schön gesagt worden, bedeutet, dass das Leben Perspektiven, Werte und Ganzheit braucht und es entzieht sich einer monetären Bewertung und der Mensch hat nicht die Bestimmung, einen Nutz-, Gebrauchs- und Produktionswert, einen Marktwert zu haben, sondern der Mensch hat die Bestimmung, ein soziales Wesen zu sein.

Zwischenruf GR. Schönegger: Sie haben mir zugehört.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Herr Kollege, Ihnen brauche ich nicht zuhören, Sie müssen früher aufstehen, um einer Frau wie mir die Welt zu erklären, das muss ich Ihnen schon sagen (*Applaus SPÖ*). Interessant finde ich ja das Verhalten mancher ÖVP-Funktionäre hier (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), die alles, was ich so an Kritik an kapitalistischen, neoliberalen Tendenzen, Geisteshaltungen und Philosophien kritisch in den Raum stelle, mit einer unglaublichen Verteidigungsstrategie von sich wehren, wer sagt denn, dass ich von Ihnen rede, wieso fühlen Sie sich denn so betroffen, ich verstehe das überhaupt nicht, ich habe überhaupt keinen Namen von Ihnen verwendet.

Zwischenruf GR. Schönegger: Ich wollte nur wissen, von wem Sie reden.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ich rede überhaupt nicht von Ihnen, ich rede von den Bartensteins und wie sie alle heißen, die Verantwortung tragen für die 320.000 arbeitslosen Menschen. Und ich komme zurück zu Paris und zitiere Heiner Geissler, Sie kennen sich so gut aus, Sie werden wissen, wer das ist...

Bgm. Mag. **Nagl**: Bitte um ein bisschen mehr Disziplin.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: „Nur Dummköpfe und Besserwisser können den Menschen weismachen wollen, man könne auf die Dauer Solidarität und Partnerschaft in einer Gesellschaft aufs Spiel setzen, ohne dafür irgendwann einen politischen Preis zu bezahlen.“ Es liegt also in unserer Macht und in unserer gesellschaftlichen Verantwortung, dass gewalttätige Ausschreitungen, wie wir sie anderswo bereits, ich behaupte, als Initialzündung, als gefährliche erleben müssen, nicht zu uns übergreifen und jetzt komme ich, meine Damen und Herren, zur Grazer ÖVP, weil von der habe ich bisher nicht geredet.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Jetzt kommt endlich das Lob.

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Meine Damen und Herren, in Graz haben wir uns zum Glück zu einem anderen Weg entschieden. Jetzt strahlen Sie, super, fein, freut mich. Ich will ja auch so wie der Kollege Eiselsberg überhaupt nicht drüber diskutieren, wer denn jetzt eigentlich die Urheberrechte über die Begrifflichkeit soziale Stadt hat und ich will mich überhaupt nicht darüber streiten, wessen Unterschrift oder wessen Handschrift das ist, im Gegenteil, seit ich hier in dem Haus sitze, habe ich mir genau das gewünscht, was bei dieser Budgetverhandlung rausgekommen ist und was heute so sichtbar ist, dass die zwei Großparteien, die eine aus ihrem sozialdemokratischen Hintergrund und die andere in der Wiederentdeckung ihrer christlich-sozialen Wurzeln miteinander in Wettbewerb treten in der Frage, wer macht die bessere Sozialpolitik, darauf können wir in Graz stolz sein (Applaus SPÖ). Was ich auch gerne noch ansprechen möchte, und auch das ist uns gemeinsam bewusst worden, wir haben es sehr oft diskutiert in unseren gemeinsamen Verhandlungen zum Budget. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik sind kein Widerspruch, es ist auch heute schon mehrmals gesagt worden,

Zwischenruf unverständlich.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ihr freut euch immer so, wenn ich was sage. Ich habe mich beim Kollegen Eiselsberg auch immer gefreut. Also Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik sind kein Widerspruch. Sozialpolitik ist nicht nur Hilfe in Notsituationen, Sozialpolitik gibt Impulse, sie gibt Impulse für die Wirtschaft, sie gibt die Impulse für die Wissenschaft für Bildung und für Kultur...

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Und muss finanziert werden.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** ...und jeder Staat wird in erster Linie über seine Sozialpolitik gesteuert. Jeder Staat definiert sich und seine Qualität in erster Linie über die Qualität seiner Sozialpolitik und meiner Meinung nach muss Sozialpolitik, Wertepolitik, auch das wurde heute schon mehrmals gesagt, und Leitpolitik einer Gesellschaft sein.

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Aber finanziert muss sie auch sein.

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Und ich möchte noch einmal in aller Deutlichkeit auch hier an dieser Stelle sagen, weil diese Begrifflichkeit so oft verwendet wird, der Staat ist keine Firma, der Staat ist keine Aktiengesellschaft (*Applaus SPÖ*), der Staat hat eine wesentliche Aufgabe, eine ganz wesentliche Aufgabe, der Staat ist soziales Gebilde, das in erster Linie den menschlichen Interessen und den menschlichen Bedürfnissen, und zwar den primären, nicht den vom Markt erzeugten, zu dienen hat.

Der Staat ist soziales Gebilde, das Antworten finden muss auf menschliche Bedürfnisse. Und eigentlich ist es ja ganz einfach, soziale Politik zu machen und menschliche Politik zu machen, wenn wir uns wirklich intensiv die Frage stellen, was brauchen Menschen denn eigentlich jenseits der vom Markt erzeugten Bedürfnisse. Ganz einfach, sie brauchen Arbeit, von der sie leben können, sie brauchen Geld für die Zahnspange ihrer Kinder, für viele Familien keine Selbstverständlichkeit. Viele Familien müssen Schulden machen, damit sie die Zähne ihrer Kinder regulieren können, damit wir wissen, wovon wir reden, ich rede von den 32.000 von Armut bedrohten Menschen in Graz. Sie brauchen Geld für die Kleidung ihrer Kinder und zwar gute Kleidung, damit diese in der Schule nicht gehänselt werden, wenn sie keine Markenkleidung tragen. Und sie hätten halt manches Mal auch gerne eine kulturelle Veranstaltung, zum Beispiel die Senioren und Seniorinnen, die sich oft einen ganzen Monat freuen auf Cafe Graz oder andere Veranstaltungen, sie möchten auch gerne einmal gut gekleidet in Gemeinschaft ein Opernlied, eine Opernarie oder eine Operette hören. Auch das ist Kultur und auch das ist Sozialpolitik. Und die Behinderten möchten eben auch mobil sein und mit dem Behindertentaxi transportiert werden können zu ihren wichtigen Wegen und die älteren Menschen möchten nicht mehr und nicht weniger als professionelle und menschenwürdige Betreuung, wenn sie in die Situation kommen, dass sie Pflege oder andere Angebote brauchen. Und die Obdachlosen wollen ein Dach über dem Kopf, aber sie wollen nicht nur ein Dach über dem Kopf, sie wollen auch ein Stück Menschenwürde unter diesem Dach. Und sie wollen eine kostenlose Lernhilfe für ihr Kind, wenn sie sich die teure Nachhilfe nicht leisten können und sie wollen ihr Kind halt auch einmal auf Ferien schicken, eh nicht auf die Bahamas, eh nicht auf eine Flugzeugreise, vielleicht mit den Kinderfreunden oder WIKI oder wem immer nach Grado oder sonst wohin. Und sie wollen Arbeit, von der sie leben können und sie wollen Beschäftigungen, wenn sie keiner 40-Stunden-Arbeit nachgehen können aus den verschiedensten Gründen. Und sie wollen ein bisschen Wärme im Sparherdzimmer, im Gemeinderatssaal und in dieser Stadt. Und ein klares Bekenntnis zum Sozialstaat und zur sozialen Stadt haben wird abgelegt gemeinsam, indem wir gesagt haben, wir wollen uns eine soziale Stadt leisten, wir sparen nicht ein, wo es um Grundbedürfnisse von Menschen geht, wir nehmen unsere Sozialstandards nicht zurück, wir unterstützen Familien und Kinder, die diese Unterstützung brauchen, wir stellen uns auf die Seite jener, die sich das Leben und

das, was notwendig ist, nicht so leicht richten können wie andere und wir haben unsere Prioritäten gesetzt in den Bereichen Sozialamt, in den Bereichen Jugend und Familie und auch im Bereich des Frauenreferates mussten wir kein einziges Angebot zurücknehmen. Aber als Frauenpolitikerin mag ich mir doch einige Anmerkungen noch zu Frauenpolitik gestatten. Denn die Tatsache, dass wir im Rahmen des Frauenreferates keine Einsparungen vornehmen mussten, bedeutet noch lange nicht, dass wir in unserem Prozess zu mehr Gerechtigkeit der Geschlechter besonders weit fortgeschritten sind in dieser Stadt, ich weiß schon, dass alle Kollegen mittlerweile sehr gut erklären können, was Gender Mainstreaming ist und ich weiß schon, dass es immer mehr Bemühen gibt, Jurys zum Beispiel gegendert zusammenzusetzen, aber, meine Damen und Herren, die Mehrheit der leitenden Funktionen dieser Stadt ist immer noch männlich. Aber die Aufsichtsräte sind fast alle immer noch männlich besetzt, aber, meine Damen und Herren, mit dem Gendern des Budgets haben wir noch sehr viel vor uns und, fast möchte ich sagen, die Frau Gemeinderätin Potzinger hat zum Schluss ihres, fällt mir gerade ein, zum Schluss ihres Statements vom Christkindl geredet und ich habe zum Kollegen Ferk gesagt, ich glaube nicht ans Christkind, was mache ich dann, dann hat er gesagt, ja das ist blöd, hat er gesagt, dann kommt der Weihnachtsmann, dann habe ich gesagt, dann bleibe ich lieber beim Gendern und warte auf das Christkind.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen allen, die Sie unterstützt haben die Schwerpunkte in unseren Ressorts ganz herzlich danken, ich danke Ihnen für die intensiven Diskussionen, die wir gehabt haben, ich danke aber vor allem, und da stellt sich schon die Handschriftfrage, weil es mir wichtig ist zu betonen, dass meine Budgets natürlich von meinen Ämtern erarbeitet wurden und das darf man schon ein bisschen als Handschrift, als eigene Handschrift bezeichnen. Und ich möchte mich für den Einsatz, für das Engagement bei meinen Mitarbeiterinnen, bei meinen Mitarbeitern ganz, ganz herzlich bedanken (*Applaus SPÖ*). Allen voran bedanke ich mich ganz, ganz herzlich bei der Abteilungsvorständin des Amtes für Jugend und Familie Frau Mag. Ingrid Krammer, ich bedanke mich ganz, ganz herzlich bei der Leiterin des Frauenreferates Doris Kirschner, ich bedanke mich ganz, ganz herzlich beim Abteilungsvorstand des Sozialamtes Mag. Gernot Wippel für die gute Zusammenarbeit, für die Wegbegleitung und für die Unterstützung dessen, was mir in der Politik wichtig ist. Ein ganz besonders Dankeschön an die beiden Budgetreferentinnen in meinen Ämtern, ich danke dir liebe Franziska Feichtinger

ganz, ganz herzlich für deine großartigen Vorbereitungen, für deine großartige Arbeit, ich danke auch Frau Karin Preier ganz herzlich und allen ihren MitarbeiterInnen, ein besonderes Danke im Sozialamt an Frau Waltraud Rottensteiner für die Erstellung des Budgets und Frau Margit Koller-Knapp, die für die Subventionen verantwortlich ist, ein herzliches Dankeschön im Frauenreferat für Frau Edith Klinger, die für die Budgets verantwortlich ist und ein ganz, ganz herzliches Dankeschön an meine Frauen in meinem Büroteam. Ein Dankeschön sage ich natürlich auch für die Arbeit und für die gute Unterstützung im Finanzressort, ich bedanke mich bei den Mitgliedern des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses, ich bedanke mich auch für die guten Auseinandersetzungen, für die intensiven Auseinandersetzungen, die wir dort führen, wir streiten sehr viel, wir streiten sehr heftig, aber wir alle wissen, Politik ist ja genau das, das wertende Streiten über die Frage, was ist wichtig. Ich wünsche uns allen weiterhin konstruktives und produktives Streiten im Jahr 2006. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Stadtrat Werner M I E D L

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es war heute für mich schon ein erlebnisreicher Tag, weil ich zwischendurch den Eindruck gehabt habe, hier funktioniert die Politik irgendwie anders. Nämlich, Tatjana Kaltenbeck, nach dem Prinzip...

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Du bist aber nicht mehr Jugendsprecher, sondern Stadtrat.

StR. **Miedl:** Nein, aber ich muss darauf eingehen. Die Elke Kahr trifft es ja gleich in Wirklichkeit, nach dem Prinzip, wir haben die richtigen Grundsätze, wir sind die Guten und ihr macht die verkehrte Politik. Und dabei vergisst man darauf einzugehen, dass man selbst eine Verantwortung hat. Nämlich die Sozialstadträtin hat erst zum Schluss ihrer Rede auf ihre eigene Verantwortung hingewiesen, die Elke Kahr ebenso. Ich komme darauf vielleicht noch zu sprechen. Meine Damen und Herren, ich kann mich sehr schwer damit abfinden, wenn ich Paris sozusagen erwähne, die Problematik dort anspreche und dann weiß, dass die Stadträtin Kaltenbeck in einem Bereich, wo weit und breit nichts von Jugendpolitik zu sehen ist, nämlich in einem Bezirk wie Gösting, die Appelle und Hilferufe des Bezirks dort, der Jugendlichen, permanent übersieht und auf konkrete Frage der Medien sagt, das habe ich noch nie gehört.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Das ist eine Lüge.

StR. **Miedl:** Kollegin Kaltenbeck, nein, genau da geht es um die Nagelprobe. Nicht einfordern von anderen etwas, was man selbst nicht in der Lage ist zu halten (*Applaus ÖVP*), Frau Kollegin, und dann sind wir schon wieder ok.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Das ist nicht ok, das ist eine Lüge.

StR. **Miedl:** Nur eines geht nicht, permanent auf die anderen hinzeigen und selber nicht das zu tun, was notwendig ist. Das klären wir dann gerne mit den verantwortlichen Jugendlichen und jenen, die mir gegenüber behaupten und wirklich unter Zeugenschaft ablegen, dass du informiert gewesen wärst und dass nichts weiter geschieht. Ich werde das selbst auch beobachtend mitverfolgen. Genau damit hat es begonnen in den Pariser Vororten, dass die Politik dort Jugend und Kulturzentren zugesperrt haben, Frau Kollegin, und das dürfen wir nicht zulassen. Wenn hier eine Sozial- und Jugendstadträtin die große Weltpolitik in den Mund nimmt und nicht einmal in der Lage ist, in Gösting ein Jugendzentrum zu eröffnen, dann weiß ich nicht, was da Jugendpolitik heißt (*Applaus ÖVP*). Das ist die Politik, die wir im Haus zu vertreten haben und nicht Paris, wir haben hier Graz im Auge zu haben.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Zur Info für alle, es geht um ein Wiki-Projekt.

StR. **Miedl:** Wenn die Frau Kollegin Kahr sagt, die Politik wäre schuld an der Armut in Österreich, dann gebe ich ihr deswegen Recht, weil die Politik insgesamt verantwortlich ist, was in unserem Staat geschieht, da gebe ich dir Recht. Wenn ich aber weiß, und ich habe den Bericht in Händen, dass die Sozialquote 1999 in Österreich 28,4 % betrug und 2004 29,4 %, sie also ein Prozent gestiegen ist, Frau

Kollegin Kahr, und wenn ich weiß, dass sie bei Sozialleistungen für Kinder in Österreich europaweit an erster Stelle steht, dann kann ich das nicht unwidersprochen hinnehmen, weil das schlicht und einfach falsch ist (*Applaus ÖVP*), Frau Kollegin Kahr, und das ist die Politik, wo ich glaube, da komme ich nicht ganz mit.

Zwischenruf GR. Eichberger: Es wird noch öfter vorkommen, dass du nicht mitkommst.

StR. **Miedl:** Da geht man her, geht hier heraus und sagt unwidersprochen, der Miedl habe gesagt, er wolle Bibliotheken zusperren, Herr Kollege, ich habe überhaupt noch nie das Wort Zusperrern im Zusammenhang mit Bibliotheken in den Mund genommen. Mein Vorgänger hat Gott sei Dank eine Studie erstellen lassen, die die Zielgerichtetheit und die Effizienz der eingesetzten Mittel im Auge hatte und ich werde mir erlauben, dem Gemeinderat, wo man das besprochen hat, einen Vorschlag zu erstatten. Aber da bitte wird operiert jetzt, jetzt schon, bevor ich überhaupt mir einen Plan zurecht gelegt habe, gibt es Leserbriefe vom Kinderbüro interessanterweise, ich frage ich mich, woher die die Information haben,...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Das wirst du schon ermitteln.

StR. **Miedl:** ...es gibt andere Leserbriefe, Frau Kollegin Edlinger, in „Liebenau aktuell“ oder wie diese Zeitschrift heißt, Sie sind die Leserbriefredaktionsverantwortliche, hoch interessant...

Zwischenruf GRin. Meißlitzer: Du bist verantwortlich?

StR. **Miedl:** Ich nicht, die Frau Kollegin Edlinger. Also meine Damen und Herren, diese Form der Politik, die anderen sind schuld und meine Verantwortung ist nicht einzufordern, die kann nicht gehen und auch nicht mit mir, Frau Kollegin, da tue ich ganz sicher nicht mit. Und jetzt komme ich zu meinem Bereich, ich habe mich eigentlich darauf nicht vorbereitet, aber es sollte nicht unwidersprochen bleiben.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Sie haben vergessen zu sagen, dass es um Wiki geht.

StR. **Miedl:** Frau Kollegin, haben wir gemerkt. Mein Gott, Frau Kollegin Kaltenbeck, wenn ich vergleiche, was ich sage, die Volkshilfe oder andere Anbieter mit welchen Aufträgen die unterwegs sind, dann ist WIKI ein Bruchteil desjenigen, ein Bruchteil. Sie haben permanent Wiki im Auge, weil das ist stigmatisiert, das ist schlecht für Sie, ich merke Ihre wegwerfenden Handbewegungen und alles andere, was da läuft, ist gut, das muss man auch einmal ganz, ganz ehrlich sagen, tun wir das einmal analysieren, machen wir das einmal außer Haus, was können die verschiedenen Träger sozusagen leisten, wie ist die Qualität dieser Leistungen, tun wir das einmal, ich lade dich herzlich ein, machen wir einmal einen objektiven Vergleich, aber nicht diese wegwerfenden Handbewegungen und, Frau Kollegin Kaltenbeck, jetzt sage ich dir eines,...

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Warum fühlst du dich betroffen, du bist nicht mehr Geschäftsführer.

StR. **Miedl**: Ich bin nicht WIKI-Geschäftsführer, aber ich werde nicht zulassen, dass die Arbeit von 420 Frauen und Männern in dieser Einrichtung schlecht gemacht wird, das werde ich jetzt und in Zukunft nicht erlauben (*Applaus ÖVP*), ganz sicher nicht. Da wird Kinderarbeit und Jugendarbeit geleistet, die sich gewaschen hat und so wird nicht mit dem Schicksal von mehr als 400 MitarbeiterInnen umgegangen, das lasse ich nicht zu. Weil wir gerade vorher geredet haben von Minderheiten und Ausgrenzung, Frau Kollegin Kaltenbeck, so nicht. Meine Damen und Herren, wir haben uns ernst die Frage zu stellen, wie es in unseren Schulen in Zukunft weitergehen soll. Nämlich zum einen möchte ich den Dank an alle Lehrerinnen und Lehrer voranstellen, die bereit sind, tagtäglich unter schwierigsten Bedingungen dort positivste und beste Arbeit zu leisten, das ist Großartiges, was da getan wird (*Applaus ÖVP und GRin. Edlinger*). Danke, Frau Kollegin Edlinger.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Wenn Sie einmal etwas Richtiges sagen, muss ich klatschen.

StR. **Miedl**: Ich bedanke mich bei Ihnen. Wenn aber, meine Dame und Herren, sich die Veränderungen oder die Schulwelt deswegen drastisch verändert, weil bestimmte Dinge auch in der Kommunalpolitik versäumt wurden, wie zum Beispiel, dass in einigen Schulen, die in der Zwischenzeit einen Anteil nicht Deutsch sprechender Schüler und Schülerinnen um mehr als 90 % haben, in einigen Schulen, dann frage ich mich, wer hat die Wohnungspolitik in dieser Stadt jahrelang gestaltet? Wenn jetzt der Europäische Gerichtshof künftig sagen wird, ja es gibt ein Recht dieser MigrantInnen, auch in Gemeindewohnungen einzuziehen zu dürfen und ich höre dann von der verantwortlichen Partei, nämlich der KPÖ, jetzt brauchen wir plötzlich mehr Gemeindewohnbau und sie verweigern aber gleichzeitig, Frau Kollegin Kahr, sie verweigern gleichzeitig, dass der sozial fehlbelegte Wohnungsbestand veräußert wird, weil das eine vernünftige Politik wäre, weil es zu einer ethnischen und sozialen Durchmischung käme, dann verweigern sie hier die Diskussion und einen neuen Ansatz in der Wohnungspolitik, die Sie permanent missachtet haben, Frau Kollegin

Kahr und Ihre Fraktion, auch darüber muss einmal geredet werden. Bitte, wer trägt den Verantwortung dafür, dass in zwei Grazer Stadtbezirken ein besonders hoher Anteil an AusländerInnen zu verzeichnen ist und deswegen die Situation und die Probleme in den Schulen entstehen, meine Damen und Herren, das gehört hier auch einmal gesagt (*Applaus ÖVP*). Ich werde mir daher erlauben, eine Studie in Auftrag zu geben, wo sehr ernst zu nehmende Soziologen der Politik Vorschläge machen, weil Schulpolitik ist da auch eine Querschnittsmaterie und ich möchte mit dir, Frau Kollegin Kaltenbeck, gemeinsam Wege überlegen, wie man mittel- bis langfristig aus dieser Situation herauskommt. Kurzfristig wird da wenig zu machen sein, hier werden wir wahrscheinlich genau dort Verstärkungen anzusagen haben, wie du Sie schon erwähnt hast und da treffe ich mich gerne auch, weil das ist mir auch ein sehr hohes Anliegen, dass wir hier eine Politik betreiben, die nicht ausgrenzt, sondern die integriert. Und wir können die Qualität der Schule am besten über das Personal definieren, über die eingesetzten Lehrerinnen und Lehrer kurzfristig. Mittelfristig müssen wir zu einer Änderung der Wohnungspolitik kommen, ansonsten sehe ich diesen Bereich eigentlich nicht so rosig. Meine Damen und Herren, wir sollten uns daher auch besinnen, dass der Lehrer und die Lehrerin, selbstverständlich und die Kinder mehr als ein Drittel des Tages in der Schule verbringen. Ich hätte daher vor, künftig meine Politik so auszurichten, dass genau dieser Raum, in dem sich die LehrerInnen und die Kinder mehr als ein Drittel des Tages aufhalten, so ausgestaltet ist, das man gerne dort hinget, dass man sich dort wohlfühlt und sich gerne aufhält. Ich möchte darüber hinaus auch sichern den Ausbau der schon längst geforderten Schuleinrichtungen in Waltendorf, in St. Peter und in St. Veit, alles ist auf Schiene. Mein Vorgänger, der Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg hat ein wirklich geordnetes und sauberes Amt überlassen und ich werde das Meine dazu beitragen, das in dieser Form weiterzuführen. Meine Damen und Herren, das sind mir Anliegen. Ich möchte in diesem Zusammenhang den Dr. Just, den Herrn Hödl, der Frau Heindl und dem Herrn Schroll auch ein herzliches Dankeschön für die Zusammenarbeit in dem Bereich, der mir jetzt in der kurzen Zeit schon angediehen wurde, recht herzlich bedanken.

Meine Damen und Herren, ich möchte ganz kurz auch Stellung nehmen zur Kulturpolitik dieser Stadt, weil das natürlich auch mein Schwerpunkt werden wird und zu sein hat. Für mich ist ebenso wie für Detlev Eisel-Eiselsberg der 12.12. des Jahres

2006 als Auszahlungstermin von Subventionen in der Form nicht duldbar. Wir können, meine Damen und Herren, nicht hinnehmen, dass KünstlerInnen ihre Projekt vorfinanzieren und die Stadt mehr als ein Jahr säumig ist mit der Auszahlung. Ich habe es dem Stadtrat Riedler, dem ich sehr herzlich danke für das faire Gespräch, das wir geführt haben, auch bereits anklingen lassen, wir müssen rechtzeitig sorgen, dass die KünstlerInnen auch zu ihrem Geld kommen, ansonsten droht da eine neue Situation, die ich nicht gerne sehen würde in dieser Stadt, meine Damen und Herren (*Applaus ÖVP*). Ich glaube, dass Kulturpolitik nicht nur mit Geld zu tun hat, sondern da geht es viel mehr um die Möglichkeit hinzuhören, hinzusehen, zuzulassen, das Bekenntnis habe ich in meinem letzten Gemeinderat abgegeben, meine Damen und Herren, aber trotzdem ist Geld eines der wesentlichsten Voraussetzung für das Kunstschaffen. Geld ist aber auch eine der Voraussetzungen, um die Infrastruktur zu ermöglichen die das Können der Künstler auch präsentiert und das Geld muss zudem auch gerecht verteilt werden, damit die Akzeptanz unter den Betroffenen steigt und der Einsatz der Mittel möglichst effizient ist. Meine Damen und Herren, deswegen bekenne ich mich auch zum Beiratsystem in der bisherigen Form, war eine großartige Idee vom Christian Buchmann, das so zu organisieren.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Das war nicht seine Idee.

StR. **Miedl:** Auch wenn Sie andere haben, sie ist vorhanden und es ist gut, dass wir in dieser Stadt ein solches kulturelles Klima haben, wo sich darüber reden lässt. Ich muss sagen, Herr Kollege, bei dem Kulturdialog, beim ersten Kulturdialog, das war rund fünf Tage nach meiner Angelobung hier in dem Haus, habe ich ein völlig anderes Klima der Aufnahme gefunden als das durch dich erzeugte hier im Gemeinderat, sage ich auch dazu, das heißt, die Kunst- und Kulturschaffenden sind da viel liberaler und darauf eingehender.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Die wollen ja Geld, die werden nicht unfreundlich sein.

StR. **Miedl:** Herr Kollege, natürlich auch von jedem von uns, aber ich vermag das schon zu unterscheiden, wo Bösartigkeiten oder anderes liegen. Meine Damen und Herren, drei Punkte, eigentlich sind es vier. Unverzichtbar ist die Styriarte in der jetzigen Form mit ihrem Protagonisten Nikolaus Harnoncourt. Wenn wir, meine Damen und Herren, darauf verzichten, 2007 das Angebot dieses großartigen und weltweit angesehenen Künstlers zu übersehen, nämlich Idomeneo mit Harnoncourt, nämlich sowohl am Pult als auch am Regiestuhl durchführen zu lassen, dann verzichtet Graz auf eine wirklich wesentliche Positionierung mit seinen Kunst- und Kulturschaffenden in der Welt (*Applaus ÖVP*). Wenn wir dem Steirischen Herbst mit seiner neuen Intendantin Veronika Kaupp-Hasler nicht die Unterstützung angeheißen lassen, die sie braucht, um aus diesem Festival eine neue Positionierung von Graz und damit auch der Steiermark beizutragen, dann verzichten wir auf etwas. Wenn wir, meine Damen und Herren, das in die Verantwortung des Kollegen Riedler fallende Kunsthaus mit der großartigen Hülle, aber mit der durchaus noch zu verbessernden Fülle, nicht neu positionieren, verzichten wir auch hier auf eine internationale Positionierung und auf internationale Presseberichterstattung. Die Tatsache, meine Damen und Herren, dass die Einsparungen bei uns im kulturellen Bereich auch quer durchgehen sollten, haben mich dazu veranlasst, einige Schwerpunkte zu setzen, nämlich ich habe mich sehr bemüht, dass die freie Szene als der Humus der Kulturszene in Graz überhaupt weitestgehend ohne Einsparungen vonstattengeht, wir werden ganz, ganz gezielt mit den freien Theatern und mit den übrigen Freischaffenden Gespräche führen, damit auch hier Schwerpunkte möglich sein werden, es gibt da bereits einige Ideen und Überlegungen.

Das Stadtmuseum wurde hier bereits mehrmals diskutiert. Auch hier werden wir grundlegend umstrukturieren, wir haben dort einen großartigen Geschäftsführer, den Otto Hochreiter, den meine Vorgänger bestellt haben. Ich glaube an sein Können, ich glaube an seine Kompetenz und die haben alles daran zu tun, damit er sein Können uns auch zeigen kann und last but not least, die Stadtbibliotheken sind durch eine Studie evaluiert worden. Ich werde mir das sehr genau anschauen, ich habe mir das

für Jänner vorgenommen, habe da auch zugesagt, dass ich die Klubobleute der Fraktionen vorher informieren möchte, um ein neues Konzept sozusagen gemeinsam mit den Damen und Herren des Gemeinderates zu entwickeln. Weil mir auch bewusst ist, dass das Kulturbuch und das Lebensmittelbuch, von dem ich gesprochen habe, etwas ist, was sehr hoch zu halten ist. Aber, meine Damen und Herren, eines, wenn wir eine Struktur vorfinden, die wir in etwa acht Bibliotheken haben, einen gut funktionierenden Bücherbus und sehr unterschiedliche Frequenzen haben, dann muss ich mir erlauben dürfen, dass ich mir auch die Büchereien anderer Städte anschau. Wenn in Graz mit einem Aufwand von 2,25 Millionen Euro eine halbe Million Entlehnungen möglich sind, dann ist das zwar eine Steigerung, ist aber noch längst nicht das Gleiche wie wenn Linz mit drei Millionen Euro, also geringfügig weniger, mehr als eine Million Entlehnungen zustande bringt und jetzt hören Sie her, wenn Salzburg mit 1,35 Millionen Euro Aufwand mehr als eine Million Entlehnungen zustande bringt, dann scheint mir hier etwas an der Struktur zu liegen und ich möchte erreichen gemeinsam mit Ihnen, dass wir das Buch, die CD, den Film effizienter an die Frau und den Mann bringen und ein besondere Augenmerk werden mir hier Kinder und Jugendliche auch sein, weil das auch ganz besonders wichtig ist (*Applaus ÖVP*).

Meine Damen und Herren, ich bin relativ kurz im Amt, habe daher sehr vieles noch nicht beachtet in meiner Rede, ansonsten schon. Was es wert wäre zu beachten, ich werde im permanenten Gespräch hier mit Ihnen auch im Gemeinderat mich auch auseinandersetzen mit all den Dingen, mit denen es sich gilt auseinander zu setzen. Ich möchte zum Abschluss meinen Amtsleiter im Kulturamt, dem Herrn Peter Grabensberger und der Frau Monschein einen recht herzlichen Dank für ihr Tätigsein ausdrücken, tue das auch für alle Beamten hier im Haus, die Leistung der Beamten ist großartig, ich bin stolz darauf, ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, für die Aufmerksamkeit, aber morgen gehen wir es an (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 17.20 Uhr den Vorsitz.

Stadträtin Wilfriede M O N O G I O U D I S

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir erleben zur Zeit ein Zurückdrängen des kommunalen Gemeinwesens generell und überhaupt und das ist eine sehr Besorgnis erregende Entwicklung und gefährlich für die Menschen in den Städten und Gemeinden und wir, als kommunale Ebene, sollten eigentlich gemeinsam da dagegen wirken und zwar eben im Sinne der Menschen, die davon betroffen sind. Man muss dem Finanzstadtrat in dem einen Punkt auf jeden Fall Recht geben, wenn er sagt, es liegt in erster Linie an Bund, Land und den Regeln der Europäischen Union, dass die Stadt Graz so schlecht dasteht. Was mich aber verwundert in diesem Zusammenhang ist, wie wenig unternommen wird, wie wenig dagegen unternommen wird und zwar gemeinsam über Parteigrenzen hinweg, hartnäckig, nicht nachlassend und entschieden, um diesen Missstand zu ändern. Ich will ja jetzt gar nicht davon reden, dass es auch nicht so sein müsste, dass in einem der reichsten Länder man darüber diskutieren muss, welche kommunalen Leistungen man noch aufrecht erhalten kann und welche gestrichen werden müssen. Die Frau Kollegin Binder hat schon vorher den Zusammenhang zwischen den nicht erbrachten Steuerleistungen der Großkonzerne zum Beispiel und den fehlenden Mitteln, die dann eben für die Menschen auf unserer Ebene auch ausgegeben werden sollten, schon sehr gut herausgearbeitet und zu meiner Überraschung oder auch Nicht-Überraschung wird damit immer sehr viel Aggression erzeugt, wenn man da die Wahrheit sagt. Wir hören jetzt schon seit, zumindest seit der letzten Gemeinderatswahl, damals auch von der ÖVP, dass es ohne die Hilfe der übergeordneten Gebietskörperschaften nicht geht. Wie es allerdings jetzt aussieht, werden wir zwar bis Ende dieser Periode manche Bereiche nahezu kaputt sparen, werden wir alles, was man zur GBG schieben kann, dorthin geschoben haben, nur mit allen Auswirkungen natürlich für die Stadt, nur die Finanzprobleme werden sich nicht gelöst haben. Das heißt, wenn nicht wirklich sich die Einnahmensituation ändert, wird all dieses Kürzen nicht dazu führen, dass wir auf einem guten Weg sind, wie heute immer wieder betont wurde, wir hätten die Trendwende geschafft, es passt jetzt alles....

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: *Es passt alles, haben wir nicht gesagt.*

StRin. **Monogioudis:** Das ist nur eine Kosmetik, das richtet zwar sehr viel Schaden an, aber es wird auf keinen Fall möglich sein, ohne dass sich die Einnahmensituation ändert, dass man wirklich den Karren herumreißen kann und das wissen auch alle, die sich damit beschäftigt haben (*Applaus KPÖ*).

Liebe Kollegen und Kolleginnen, wir haben heute am Vormittag schon von der Frau Klubobfrau Uray-Frick ein paar Zitate gehört aus früheren Gemeinderatssitzungen. Ich möchte auch einen Rückblick machen, allerdings noch wesentlich weiter zurück, nämlich 60 Jahre. Es war natürlich, und das kann man sich vorstellen, die Erstellung des Voranschlages für 1946 für die damals neu gewählten Volksvertreter und -vertreterinnen der von Zerstörungen gezeichneten Stadt keine leichte Aufgabe. Aber in Bezug auf eine absolut transparente, demokratische Vorgangsweise in Zusammenhang mit der Budgetpolitik war der Anspruch offensichtlich sehr hoch. Berichterstatter war damals Bürgermeisterstellvertreter Aust von der sozialistischen Partei, wie es damals geheißen hat, er beklagte, dass auf Grund der Jahre ohne gewählte Volksvertreter die meisten Bewohner und Bewohnerinnen der Stadt mit der wirtschaftlichen Lage derselben nicht vertraut seien. Aber, und jetzt zitiere ich ihn: „Künftighin wird es nun möglich sein, die Vertreter der Wählerschaft mit allen wichtigen Finanzfragen vertraut zu machen und damit die Möglichkeit zu bieten, dass auch die Bevölkerung der Stadt Gelegenheit findet, für die Behandlung von Finanzfragen Zeit und Verständnis aufzubringen und damit die notwendige Verbindung zwischen der beschließenden Körperschaft und der breiten Öffentlichkeit herzustellen“, das klingt doch sehr gut. Nun von diesem Geist ist über diese 60 Jahre nichts mehr übriggeblieben. Seit Jahren gibt es deswegen berechnete Kritik. Die Vorgangsweise, die aber heuer an den Tag gelegt wurde, stellt für mich wirklich den Gipfel dar. Knapp bevor die Vertreter der Medien über das Budget informiert wurden, informiert ist unter Anführungszeichen zu sehen, weil Information war das ganz sicherlich nicht; also knapp davor erfahren nacheinander die nicht der Koalition angehörigen Parteien, was sich die ÖVP/SPÖ-Mehrheit ausgemacht hat. Man stelle sich einen Vorstand vor, wo sich ein Teil in ein kleines Kämmerchen begibt und ausmacht, was man jetzt den anderen dann präsentieren wird. Mein einziger Termin

beim Finanzreferenten war für den 2.11. angesetzt, also zu einem Zeitpunkt, wo die Verhandlungen schon seit Monaten hinter verschlossenen Türen stattgefunden hatten und natürlich auch diese zitierten Prioritätendiskussionen hinter verschlossenen Türen stattgefunden hatten und praktisch alles schon feststand. Das heißt, wir bekommen für unsere Zuständigkeitsbereiche finanzielle Vorgaben, die eben dem politischen Willen der Mehrheit entsprechen. So werden auch in der Schlussphase noch Änderungen mit entsprechenden einschneidenden Folgen vorgenommen.

Den Wirtschaftsbetrieben der Stadt Graz wurde ursprünglich eine Darlehensaufnahme für Investitionszwecke, die eine Minderung des Finanzierungsbedarfs seitens der Stadt Graz bedeuten würde, nahegelegt. In der Folge wurde dieser verminderte Finanzierungsbedarf und einige Millionen zusätzlich als Minderung der Leistungsabgeltung und zwar im Bereich der Müllentsorgung budgetiert. Obwohl es im Statut heißt, eingenommene Gebühren und Entgelte wie insbesondere die Müllgebühren gelten als Umsatz und sind den Wirtschaftsbetrieben je nach Eingang gutzuschreiben. Das heißt, wir sollten daraus jetzt bekommen das, was wir an die AEVG laut Vertrag weiterzuzahlen haben. Diese Vorgangsweise steht im krassen Widerspruch zu einem Anspruch auf Transparenz und Beteiligung an den Entscheidungen von den Betroffenen und Mitwirkenden, die die besten Voraussetzungen für Kontrolle und Sinnhaftigkeit bieten würden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte jetzt kurz zu den budgetrelevanten Schwerpunkten in meinen Ressorts kommen. Im Bereich des Gesundheitsamtes sind die Ressortschwerpunkte für das kommende Jahr wieder stark auf die Ziele Gesundheitsförderung und Gesundheitsvorsorge ausgerichtet. Insbesondere die Suchtprävention gilt es weiterhin zu forcieren. Der Kontaktladen, eine niederschwellige Einrichtung zur tertiären Suchtprävention, wird auch 2006 in Vollbetrieb und in Kooperation mit der Caritas fortgeführt. Als Ergänzung des seit Jahren bewährten Modells der Arbeit von Drogenstreetwork. Weitere Aktivitäten im Suchtbereich erfolgen durch die Entwicklung konkreter Pläne in enger Zusammenarbeit mit dem Suchtkoordinator und anderen Einrichtungen.

Als besonders wichtige Aufgabe des öffentlichen Gesundheitsdienstes möchte ich die Impftätigkeit erwähnen. Das Angebot beinhaltet die Kinderimpfungen im Sinne einer Betreuung von der Geburt bis zur Schulentlassung wie auch die Durchführung

von Grippe-, Pneumokokken- und FSME-Impfungen, bei denen wiederum ein reger Zuspruch seitens der Bevölkerung zu erwarten ist. Durch die Desinfektionsanstalt sind modernste Erkenntnisse einer effizienten Infektionsabwehr in der Praxis umsetzbar. Daraus ergibt sich auch als weiterer Schwerpunkt die Einbindung des Gesundheitsamtes sowohl im Hinblick auf die Maßnahmen des österreichischen Pockenalarmplans wie auch des steirischen Seuchenalarmplans allgemein, deren Ausarbeitung unter wesentlicher Mithilfe des Gesundheitsamtes erfolgte. Ebenso ist das Gesundheitsamt eingebunden bei den Maßnahmen im Zusammenhang mit einer möglichen Grippepandemie unter Zugrundelegung des steiermärkischen Pandemieplanes. In Bezug auf die Tuberkulosevorsorge, das war ja auch eine lange Diskussion, erfolgte im heurigen Jahr die Installierung einer neuen, dem Stand der Wissenschaft und Technik entsprechenden Röntgendiagnostikanlage, mit der nicht nur die etwa 4.000 zu erwartenden Aufnahmen in qualitativ hochwertiger Art vorgenommen werden können, sondern auch eine digitale Archivierung derselben und schneller Datentransfer mit anderen Einrichtungen ermöglicht wird.

Als weitere Schwerpunkte der um Aufgaben des Konsumentenschutzes und Veterinärwesens erweiterten Abteilung sind die Lebensmittelüberwachung entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes sowie die Wahrnehmung des Tierschutzes mit Überwachung der Tierheime zu erwähnen. Auf Grund der gesetzlichen Vorgaben ist auch für den Bereich Tierseuchenbekämpfung mit einem entsprechenden personellen und materiellen Mehraufwand für das Jahr 2006 zu rechnen. Es ist heute schon von zwei Vorrednern auf das Problem hingewiesen worden, dass Subventionen und Förderungen erst im Dezember, 12. Dezember ausbezahlt werden sollen. Auch im Gesundheitsbereich gibt es Subventionsempfänger/-empfängerinnen, Vereine, die sehr wichtige Aufgaben übernehmen in diesem Bereich und für die es unglaublich schwierig ist, wenn sie das zuerst vorfinanzieren müssen. Also ich hoffe doch, dass es da möglich sein wird, zu einer befriedigenden Lösung zu kommen.

In den Wirtschaftsbetrieben der Stadt Graz sind für 2006 folgende Schwerpunktsetzungen geplant: im Bereich Abfall die Fortsetzung der Modernisierung im Fuhrpark; eine Reorganisation in der Tourenplanung, die Strecken der Sammelintervalle, wobei dazu aber eine Änderung der Müllabfuhrordnung durch das A 23 erforderlich ist. Im Bereich Grünraum sind unter anderem Baustandortsanierungen im Zusammenarbeit mit der Abteilung für

Grünraum und Gewässer geplant, außerdem die Optimierung der Ausstattung der Kinderspielplätze. Im Bereich Straßenerhaltung sollte Kategorisierung des Grazer Straßennetzes inklusive einer Zustandsanalyse als Grundlage einer strukturierten, Sanierungsplanung in Angriff genommen werden, also das ist für uns ein sehr wichtiger Schritt, weil man nur dann einen wirklich kompletten Überblick hat. Im Bereich Straßenreinigung/Winterdienst sind ausgehend vom Ergebnis der Evaluierung der Erfahrungen aus dem Testgebiet eventuelle Ausweitungen des differenzierten Winterdienstes im Grazer Stadtgebiet vorgesehen. Von dringender Notwendigkeit ist eine Modernisierung des Fuhrparks im Bereich Winterdienst.

Der budgetwirksame Schwerpunkt im Bereich technisches Service ist die Planung für die Neuerrichtung des Zentralstandortes Sturzgasse und eine Standortoptimierung für alle Bereiche. Nicht unerwähnt bleiben kann, dass nicht nur die zur Verfügung stehenden Mittel in den letzten Jahren ständig gekürzt werden und für 2006 in besonders schmerzlichem Ausmaß. Die zu erbringenden Leistungen werden durch die Zunahme an zu pflegenden Flächen, sowohl Verkehrsflächen als auch Grünflächen, immer mehr. Dass es die Wirtschaftsbetriebe trotz der auf Grund der sehr restriktiven budgetären Maßnahmen schwierigen Bedingungen schaffen, ihre Leistungen in der von den Grazerinnen und Grazern gewohnten Qualität aufrecht zu erhalten, das ist in erster Linie dem persönlichen Einsatz der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu verdanken (*Applaus KPÖ*).

Trotzdem gewinnt man leider manchmal den Eindruck, dass von manchen Politikern und Politikerinnen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in erster Linie als Kostenfaktor betrachtet werden. Ich fände es wirklich wichtig und das wäre sicher auch sehr motivierend, wenn jene Menschen, die tagtäglich für eine saubere und schöne Stadt sorgen, auch die entsprechende Anerkennung durch die Politik finden würden. Wenn gemeinnützige, kommunale Leistungen von Teilen der Politik mehr und mehr als Last betrachtet werden und es in diesem Bereich auf ein Aushungern und Abschieben hinauslaufen soll, so sind wir überzeugt, dass die Einstellung der Bürger und Bürgerinnen der Stadt Graz, die die Leistungen der Wirtschaftsbetriebe durchaus anerkennen, eine ganz andere ist, und dass es auch nicht gelingen wird, durch propagandistische Bemühungen und durch Verschleiern der Sachverhalte diese Einstellung zu ändern. Die Menschen wissen sehr genau, was sie haben an funktionierenden städtischen Strukturen, das hat man auch gesehen, als es dieses

Hochwasser gab und ich glaube nicht, dass jemand möchte, dass wir da eine amerikanische Entwicklung haben, wo dann nichts vorhanden ist.

Ich möchte abschließend danken den MitarbeiterInnen der Finanzabteilung, die in den letzten Wochen Schwerarbeit leisten mussten und allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im Bereich der Stadt, vor allem natürlich jenen im Gesundheitsamt einschließlich Lebensmittelkontrolle und Veterinärreferat, dem Abteilungsvorstand Dr. Künstler, dem Herrn Ing. Pachler und dem Herrn Dr. Fürst und in allen Geschäftsbereichen der Wirtschaftsbetriebe, an der Spitze den Geschäftsführer Dr. Egger. Danke (*Applaus KPÖ*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard R Ü S C H

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es wurde schon oft, vielleicht zu oft, heute gesagt und auch schon in der Vergangenheit, wir befinden uns in einer schwierigen Finanzsituation. Das soll gar nicht weggeredet werden, es muss aber genauso nachdrücklich gesagt werden, das Graz eine funktionierende Stadt ist. Eine Stadt, die ihren Bürgerinnen und Bürgern auf allen Gebieten, ob sozial, kulturell, wirtschaftlich oder infrastrukturell zeitgemäße Standards, Rahmenbedingungen und Chancen bietet. Ich darf in meiner Ressortzuständigkeit zahlreiche Infrastrukturprojekte begleiten, die für die Zukunftsentwicklung unserer Stadt wesentliche Weichenstellungen darstellen. Erlauben Sie mir, einige Beispiele dazu zu nennen, sie sind heute des öfteren schon genannt worden. Es ist einmal der Ausbau der Koralmbahn mit Nahverkehrsknoten, mit Unterführungen für Fußgänger, Radfahrer und für Autos, damit verbunden die Verlängerung der Linie 5. Es ist der Ausbau der städtischen Kläranlage in Gössendorf, es ist die Verlängerung der Straßenbahnlinie 6, die Verlängerung der Straßenbahnlinie 4, der Ausbau der Triesterstraße gemeinsam mit dem Land, die Errichtung der Radunterführung Keplerbrücke sowie die Errichtung neuer Parkzonen, um nur die wichtigsten zu nennen. Ich darf Ihnen dazu sagen, dass allein die jetzt aufgezählten Projekte im nächsten Jahr von Seiten der Stadt ein Ausgabevolumen von rund 40 Millionen Euro umfassen. Dabei ist das nicht das gesamte Bauvolumen, denn bei vielen dieser genannten, nicht bei allen, leider nicht bei allen, aber bei vielen dieser genannten Projekte finanziert das Land, zum Teil auch der Bund mit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das ist Sozialpolitik. Denn wenn man diese Summen ganz einfach umrechnet, dann kommen wir auf einen Beschäftigungseffekt allein im nächsten Jahr von sicherlich bis zu 1000 Arbeiterinnen und Arbeiter, die durch diesen Impuls beschäftigt werden (*Applaus ÖVP*). Dass dies möglich geworden ist in dieser Zeit und unter diesen Budgetbedingungen, soll einen ausführlichen, Dank an die gesamte Stadtregierung, aber selbstverständlich auch an Sie alle hier mit einschließen, denn ich denke mir, dass das tatsächlich nach dem Kulturhauptstadtjahr 2003, in dem im Hochbau sehr viel geleistet wurde, eine wirkliche Infrastrukturoffensive bedeutet, die, wie gesagt, für die Stadt Graz und für die Entwicklung der nächsten 30 bis 40 Jahre ganz, ganz bedeutend sein wird. Ich

möchte aber auch nicht vergessen, dabei zu erwähnen, dass selbstverständlich auch im Infrastrukturbereich eingespart wurde. Einige Projekte und einige Einsparungen sind Ihnen wahrscheinlich in guter Erinnerung. Wir haben am Karmeliterplatz von sechs Millionen auf eine Million reduziert, wir haben die A9-Begleitstraße zum großen Schmerz des Bezirkes und auch einiger Vertreter hier herinnen im Gemeinderatssaal zurückgestellt in der Prioritätenreihung. Wir haben die Josef-Huber-Gasse, die Unterführung im Rahmen der Koralmbahn auf später verschoben, das sind insgesamt Einsparungen, die jenseits der Zehn-Millionen-Euro-Grenze liegen.

Das führt mich zu weiteren Anmerkungen und zwar zu einem anderen Bereich der Lebensqualität. Ich gehe davon aus, dass diese Infrastrukturprojekte letztlich auch die Lebensqualität in der Stadt sichern und alle bisher erwähnten Projekte und Aufgaben stehen auch unter diesem generellen Ziel der Hebung der Lebensqualität. An dieser Stelle nochmals eine besondere Betonung auf die Neustrukturierung des ehemaligen Stadtgartenamtes als Abteilung für Grünraum und Gewässer. Von den Projekten aus diesem Bereich lassen Sie mich zwei beispielhaft herausgreifen, es ist die beginnende Augartensanierung, die Verbesserung des Augartenparks, sowie das Hochwasserschutzprogramm Sachprogramm Grazer Bäche, das gemeinsam mit dem Land Steiermark durchgeführt wird. Auch an dieser Stelle einfach die durchaus bemerkenswerte Feststellung, dass in diesem Bereich die finanzielle Unterstützung von Bund und Land eine außerordentlich große ist, die Stadt Graz wird bei den Projekten im Zusammenhang mit dem Sachprogramm Grazer Bäche, soweit es Hochwasserschutzprojekte sind, maximal zwischen 20 und 30 % der Investitionskosten zahlen, die restlichen Investitionskosten werden von den übergeordneten Gebietskörperschaften getragen. Es ist also nicht so, dass die Stadt Graz in jedem und in allen Bereichen, in jedem Bereich, allein dasteht und dass es nicht möglich ist, von den übergeordneten Gebietskörperschaften sehr wichtige finanzielle Mittel zu bekommen (*Applaus ÖVP*).

Bei aller großen Gemeinsamkeit in den Budgetverhandlungen und bei dem auch aus meiner Sicht durchaus sehr, sehr positiven Ergebnis möchte ich gerne einen Wermutstropfen nicht verschweigen. Es gibt ein einziges Projekt, ich betone, ein einziges Projekt, das aus der außerordentlichen Gebarung, in diesem Falle auf Wunsch der SPÖ, gestrichen wurde mit dem Hinweis, es gibt dafür keine politische Zustimmung und das ist gerade eines, das mir persönlich und vielen anderen, die hier sitzen, sehr am Herzen liegt. Es ist die Planungswerkstatt. Wir haben

ausgemacht, dass trotz des Streichens dieses Projektes aus der außerordentlichen Gebarung im Jänner eine Entscheidung über dieses Projekt gefällt werden muss. Ich werde einen Vorschlag machen, wie wir in der außerordentlichen Gebarung die Kosten für dieses Projekt gegen ein anderes eintauschen können und ich möchte dann, dass im Ausschuss, im Planungsausschuss, abgestimmt wird über dieses Projekt. Das Projekt ist eingebracht, wenn ich mich richtig erinnere, im Juni schon eingebracht worden und die Diskussion ist unterbrochen. Ich möchte dieses Projekt keinesfalls einfach in der Schublade vergessen, sondern ich möchte gerne die Abstimmung darüber und möchte auch gerne nochmals einen Anlauf nehmen mit allen gemeinsam auf die Bedeutung dieser Partizipation, dieses Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern hinweisen, der aus meiner Sicht gerade in der jetzigen Zeit, in der es um die Zustimmung auch für schwierige Maßnahmen geht, aus meiner Sicht eine neue Qualität in der Zusammenarbeit, und wie gesagt, in diesem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern gehen kann (*Applaus ÖVP*).

Ich möchte gerne noch auf die schon von einigen meiner Vorrednerinnen und Vorrednern zitierte Reform des öffentlichen Verkehrs zurückkommen und einige Bemerkungen dazu machen. Was mich dabei gestört hat, das ist, dass man diese Reform in das einfache Schema Liberalisierung, Deregulierung einpressen möchte und das ist es definitiv nicht. Ich gehe zunächst einmal davon aus, dass die Reform des öffentlichen Nahverkehrs von vielen Beteiligten, von den Ländern, aber auch von den Verkehrsverbänden und nicht zuletzt vom Rechnungshof gefordert wird und zwar mit dem Argument, dass sehr, sehr viel Geld in den öffentlichen Verkehrs fließt, dass dieses Geld aber nicht effizient und nicht sehr wirkungsvoll eingesetzt wird und dass es in erster Linie darum geht, diese Effizienz zu verbessern und die Reform vom Rechnungshof vorgeschlagen wird und wie es jetzt in dieser ersten Stufe vorliegt, soll eine Finanzierungs Bündelung mit sich bringen, es ist im Moment ja so, dass ganz unterschiedliche Stellen den Verkehrsunternehmen Aufträge erteilen. Einmal die Stadt, einmal der Bund, einmal das Land und die Überlegung ist, dass diese Finanzierung in einer Hand gebündelt werden soll und dass dann auch die Gebietskörperschaften vor Ort, das sind die Gemeinden, etwa auch die Stadt Graz und auch das Land Steiermark, dann Bestellungen für Leistungen aufgeben sollen. Dass der Bund dabei nicht aus der finanziellen Verantwortung entlassen werden darf, ist selbstverständlich und ich bin mit allen darüber einig, dass es sehr, sehr

großer Anstrengungen bedürfen wird und dass wir sehr, sehr genau aufpassen müssen, dass der Bund diese Reform nicht als Gelegenheit nimmt, um seine finanziellen Mitteln einzuschränken. Hat er bis jetzt, muss man fairerweise dazu sagen, nicht, im Gegenteil, es liegt ein Angebot vor, dass die Bestellermittel auch für die Städte ausgeweitet werden. Ich glaube, dass in diesem Zusammenhang eine neue Aufgabenform Platz greift, die viel besser ist als die bestehende und sie ist auch im Kern genommen eine Zurückführung von Bedarfsfestlegung zum Staat. In der Vergangenheit haben ÖBB, haben die Grazer Verkehrsbetriebe, alle öffentlichen Verkehrsunternehmen ein Angebot erstellt und am Jahresende, und zwar als Monopole, und am Jahresende ist ein Defizit angefallen, das mussten die Gebietskörperschaften abdecken. Jetzt soll es so sein, dass die Gebietskörperschaften, die bezahlen, die Aufgabenträger sind, die sollen sagen, welchen Bedarf gilt es zu decken, wo soll eine Linie geführt werden, in welchem Takt, zu welchen Betriebszeiten. Das ist eine Rückführung in eine Aufgabe einer Bedarfsfeststellung jedenfalls zum Staat zu den Gebietskörperschaften. Und dass danach bei der Wahl desjenigen, der dieses Angebot erstellen soll, der Wettbewerb eingesetzt wird, das finde ich sehr, sehr positiv. Und ich denke, dass unter diesen Umständen, das zeigen auch ausländische Beispiele, dass unter diesen Umständen durchaus eine stärkere Effizienz, eine stärkere Kosteneffizienz erzielt werden kann. Wir sind uns wiederum einig, dass dabei aufgepasst werden muss, dass es nicht einfach zu Lasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht, aber diese Kostenreduzierung und auch dieser Effizienzeffekt ist enthalten und aus diesem Grunde verstehe ich nicht, wieso die Nahverkehrsreform, die vom Bund eingeleitet wurde, landauf, landab auf so wenig Zustimmung stößt. Ich bin überzeugt davon, dass gerade auch für die Städte, wenn es gelingt, die Mittel zu reservieren, ja durchaus sehr positive Ansätze enthalten sind. Wir sind damit eben auch bei zwei Vorurteilen, die wir nicht immer teilen können. Es geht erstens nicht immer nur um das Geld, sondern es geht auch darum, dass jeder Euro unter Beachtung von sozialen Standards durchaus effizient eingesetzt wird und es geht aus meiner Sicht nicht einfach nur darum, dass Eigentum und Unternehmen immer dann, wenn sie öffentlich sind, automatisch besser sind. Ich bin für die Diskussion in diesem Zusammenhang zwischen Öffentlich und Privat, aber was ich immer wieder feststelle, gerade hier herinnen, dass im dem Moment, wenn ein Unternehmen im

öffentlichen Eigentum steht, es positiv bewertet wird. Ich denke, auch davon sollten wir uns mit der Zeit jedenfalls lösen (*Applaus ÖVP*).

Zum Schluss möchte ich noch mein Verständnis einer vorausschauenden Stadtentwicklung kurz anstreifen, um das ich mich gemeinsam mit den Fachleuten der mir zugeordneten Abteilungen bemühe und ich denke mir, dass da auch in Zukunft ein großer Stellenwert und Schwerpunkt der Tätigkeit sein wird und auch sein sollte. Es geht ganz schlicht um eine vorausschauende Stadtentwicklung. In Graz besteht die Tradition, dass Fragen der Stadtplanung und Stadtentwicklung im Wesentlichen immer aus dem Anlass heraus bearbeitet werden und ich denke mir, dass wir sowohl aus Sicht der Investoren, aber auch aus Sicht der Bürgerinnen und Bürgern zu einer stärker vorausschauenden Stadtentwicklung kommen sollen, in der klare Rahmenbedingungen und Entwicklungsbereiche definiert werden, um eben auch die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen (*Applaus ÖVP*) und sowohl für diese als auch für die Investoren berechenbar zu sein. Hier ein Wort an meine Kollegin Elke Kahr, die in ihren Ausführungen betont hat, die kommunistische Partei stehe immer auf Seiten der Bürger. Als Erstes möchte ich darauf antworten, dass Stadtentwicklungspolitik aus meiner Sicht viel komplexer ist als Sozialpolitik. Und zum Zweiten möchte ich darauf hinweisen, dass die Feststellung, auf Seiten der Bürger zu stehen, zum Teil auch inhaltsleer sind, denn ich kenne keine Projekte, in denen die Bürger immer auf einer Seite stehen, sondern das Problem und auch die Komplexität in der Stadtentwicklung ist eben, dass jede Maßnahme mit Vor- und Nachteilen verbunden ist und dass man dann entscheiden muss, welche Vorteile man höher schätzt und höher wertet im Vergleich zu den Nachteilen (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.50 Uhr den Vorsitz.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich habe in der Aufstellung der Elke Kahr ganz besonders nicht verstanden, weshalb sie die Kickergründe genannt hat in diesem Zusammenhang; die Kickergründe sind die Kurzformel für einen Bebauungsplan, der

in Andritz beschlossen wurde und dessen eine Grundstückshälfte im Hochwassergebiet liegt und die andere Grundstückshälfte nicht. Ich denke, dass wir gerade bei den Kickergründen eine sehr, sehr gute Lösung gefunden haben, die sowohl die Anrainerinnen und Anrainer, die Nachbarn, als auch den Investor zufriedengestellt hat, es ist eine ganz simple Lösung, wir haben einfach die Bebauung nur für jenen Teil freigegeben, der außerhalb des Hochwassergebietes liegt und haben uns Hochwasserschutzmaßnahmen für den zweiten Bereich vorbehalten (*Applaus ÖVP*). Ich denke mir, dass es in diesem Fall, sicherlich ein seltener Fall, durchaus gelungen ist, hier einen guten Ausgleich zwischen Investoren und Bürgerinnen und Bürgern zustande zu bringen. Lassen Sie mich schließen, selbstverständlich auch von meiner Seite die große Zustimmung zum Budget, vor allem auch unter dem Aspekt, dass es unter diesen Konsolidierungsbemühungen gelungen ist, einen sehr, sehr wichtigen und für Graz sehr, sehr bedeutenden Spielraum für Infrastrukturausgaben zu sichern. Zum Zweiten möchte ich mich gerne, an dieser Stelle vielleicht etwas unüblich, aber ich tue es trotzdem, zunächst beim Ausschuss, beim Planungsausschuss bedanken, unter dem Vorsitz von Gemeinderätin Dagmar Krampfl, Stellvertreter Hermann Spielberger, aber auch allen anderen Mitgliedern dieses Ausschusses von allen Parteien. Ich sage das deshalb, weil aus meiner Sicht die Zusammenarbeit und durchaus die Diskussion sehr fruchttragend ist, nicht immer, und das kann es wohl nicht sein, nicht immer einheitlich, aber jedenfalls aus meiner Sicht auf einer sehr, sehr guten und politisch durchaus interessanten und eben auch auseinandersetzungsfreudigen Ebene sich abspielt. Selbstverständlich möchte ich mich bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Abteilungen, es sind insgesamt sieben, wenn ich damit beginnen darf beim Baudirektor Dipl.-Ing. Werle, dann Dipl.-Ing. Hrubisek, Dipl.-Ing. Lorber, Dipl.-Ing. Maurer, Dipl.-Ing. Redik und Dipl.-Ing. Fischer. Sie alle haben in ihrer Zeit, in der gerade auch über die Budgetarbeit sehr viel von ihnen verlangt worden ist, gerade in diesen Bereichen auch sehr, sehr viel verlangt worden ist, ganze Arbeit geleistet und haben sich sehr, sehr loyal verhalten, ich möchte mich dafür ganz besonders bedanken (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreter Walter F E R K

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte einmal am Beginn meiner Ausführungen auch mit einem Dank beginnen, nämlich mit einem Dank an die Personalvertretung dieses Hauses, an die Gewerkschaft und vor allem aber an die Bediensteten des Magistrates Graz einfach deswegen, weil sie es in Wirklichkeit schon mit ihrer Zustimmung zum Vorjahresbudget ermöglicht haben, dass wir in der Budgetsanierung insgesamt in unserer Stadt ein gutes Stück vorwärts kommen. Und, meine Damen und Herren, es ist heute kontraversiell im Dialog schon so vieles gesagt worden, ich glaube, dass die Arbeitspartner der Verantwortung in der Stadtregierung, ÖVP und SPÖ, ein Budget in Vorlage bringen, das von Verantwortung geprägt ist, das, und das ist besonders erfreulich, auch in einem der schwierigsten Jahre unserer Stadt die soziale Verantwortung im Blickpunkt aller politischen Entscheidungen in den Vordergrund gestellt hat. Und ich freue mich als Vorsitzender der Sozialdemokratie, dass die Vertreterinnen und Vertreter der ÖVP-Fraktion eigentlich in allen Wortmeldungen gerade diese soziale Verantwortung in den Vordergrund gestellt haben. Ich betone dies deswegen, weil das ja nicht immer so deutlich gewesen ist und wir brauchen einander ja nichts vormachen, die bundespolitische Entwicklung und auch die Verantwortung in der landespolitischen Entwicklung und auch hier in dem Haus war nicht immer so. Aber man kann ja auch unabhängig vor Weihnachten, und Weihnachten ist auch eine Zeit, wo man den Menschen in den Mittelpunkt rückt, wo man sich näher kommt, kann ja durchaus dazu beitragen, dass tatsächlich alle, sagen wir einmal, christlich-sozialen Werte in den Vordergrund rücken und dafür sage ich einmal ganz herzlichen Dank, weil wir damit natürlich auch für uns reklamieren können, dass es in diesem Budget ganz klar, wir stellen die Verantwortung im Finanzbereich, aber so etwas wie sozialdemokratische Handschrift gesehen werden kann, aber diese sozialdemokratische Handschrift ist deswegen wichtig, weil, auch das haben wir heute schon gehört, weil wir immer mehr Menschen erkennen dürfen, dass sie an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Die Armut wird größer und unsere ganze Aufgabe muss sein, auch in der kommunalen Verantwortung gerade diese Menschen aufzufangen mit einem guten sozialen Netz,

mit Verantwortung dafür, dass wir jene in den Mittelpunkt stellen, denen es nicht so gut in der Gesellschaft geht. Und daher ist dieses Budget nicht nur geprägt vom Sanierungsziel, sondern in besonderer Verantwortung auch im Bereich der Sozialpolitik, es ist heute gerade von der Sozialstadträtin hier ganz ausführlich das ja auch zur Schau gestellt worden. Aber mich freut es ganz besonders, dass wir unabhängig von der politischen Verantwortung in den Ressorts in Wirklichkeit ganz genau unsere Kinder, unsere Familien, unsere Frauen und die ältere Generation einbezogen haben und da ist es egal, in welchem Ressort sich das wiederfindet, ob das jetzt im Sozialressort, im Frauenressort, im Familienressort, ob das im Schulressort oder auch im Sportressort sich wiederfindet, ist dann insofern egal, weil wichtig ist, dass der Mensch im Mittelpunkt ist und dass wir gerade für die Weiterentwicklung unserer Grazer Bevölkerung auch in diesem Budget eine gute Handschrift gesetzt haben (*Applaus SPÖ*).

Und, meine Damen und Herren, selbstverständlich ist es auch wichtig, in Zeiten der sparsamsten Gesinnung in einem Budget ganz genau Schwerpunkte in der Investition zu setzen und auch das ist uns gelungen. Nicht ganz einfach, weil wir uns lange beschäftigen mussten auch, was soll den in den nächsten Jahren an Projekten in Umsetzung kommen, aber wenn wir uns anschauen, haben wir auch da wieder eine sehr inhaltliche Voraussetzung geschaffen. Wir wissen, dass Graz ein Feinstaubproblem hat und es darf jetzt nicht vergessen werden, dass wir seit Jahrzehnten zum ersten Mal wieder in unserer Stadt den öffentlichen Verkehr, Linie 6, Linie 4, Linie 5 zum Ausbau gebracht haben, wieder gemeinsam jene politischen Vertreter, die auch in dieser Stadtregierung die Verantwortung tragen, und danke natürlich auch an alle im Gemeinderat vertretenen Parteien. Weil es wichtig ist, in den öffentlichen Verkehr zu investieren und ich lasse nicht gelten, dass man irgendwo das so auf die Seite schiebt, wie immer wir jetzt den überregionalen Nahverkehr benennen, City-, S-Bahn, Stadt- und Regionalbahn, wir wissen eines was wir brauchen, wir brauchen den überregionalen Nahverkehr und es ist das erste Mal, dass diese Landesregierung, die neue Landesregierung, nunmehr auch diesen Punkt in das Regierungsprogramm aufgenommen hat, das ist wichtig für die Landeshauptstadt, wenn wir irgendwo den Zustand der Luftsituation verbessern wollen und dafür gilt es auch einmal an dieser Stelle danke zu sagen (*Applaus SPÖ*). Und, meine Damen und Herren, wir setzen Investitionen, zum Beispiel im Seniorenbereich, fort, also es ist schon eine gewaltige Kraftanstrengung jetzt auch

mit finanzielle Unterstützung des Landes, wenn wir das Krankenhaus II nunmehr bauen und im Jahr 2007 dann auch eröffnen dürfen, weil wir wissen, dass die demografische Entwicklung in unserer Landeshauptstadt voranschreitet und weil es wichtig ist, auch für die ältere Generation neben den hervorragenden mobilen Diensten auch eine Möglichkeit zu schaffen, wenn es einmal notwendig ist, Pflegeangebote zu haben und diese Pflegeangebote natürlich auch in verschiedenen Bereichen anzubieten. Und ich sage auch, es ist erfreulich, meine Damen und Herren, dass wir auch für jene Menschen, am Ende ihres Lebens, wenn es notwendig ist, auch die Verantwortung übernehmen, indem wir mit privaten Trägern, aber mit Unterstützung des Landes auch die Hospizabteilung ausbauen, das ist eine Qualität der gesamten Stadt, das ist eine Qualität der Sozialpolitik und das in schwierigster Verantwortung. Und daher lasse ich nicht zu, wenn Vertreterinnen und Vertreter der Oppositionsparteien, die nicht die Verantwortung übernehmen wollen und wollten, denn dass man von vorneherein dieses Budget schlechtredet und dass man es ablehnt nur deswegen, weil man vielleicht nicht eingebunden war. Meine Damen und Herren, die Einladung der Einbindung des Mittuns, die ist eine vielschichtige, die ist nicht zum ersten Mal gesetzt worden, aber wenn es natürlich auch in der Stadtregierung eine Partei gibt, die sagt, nein, wir wollen überhaupt hier nicht mittun, darf sie sich nachher nicht aufregen, wenn sie hier in den intensiven Beratungen für diese Stadt nicht eingebunden gewesen ist. Es hat Stadtregierung gegeben, der Informationsfluss hat in Wirklichkeit funktioniert und es gibt so etwas natürlich auch wie eine Holschuld und nicht nur eine Bringschuld (*Applaus SPÖ*).

Meine Damen und Herren, um auch über die Glaubwürdigkeit dieses Budgets zu sprechen. Es ist uns auch als Partner der Verantwortung ganz klar, dass auch von Seiten der politischen Verantwortungsträger dieser Stadt in Zeiten, wo wir vieles von unserer Bevölkerung abverlangen, und jetzt sage ich auch zum ersten Mal, es ist natürlich nichts Neues, dass wir uns alle in den Ressorts gerne hierher stellen und auch in der Öffentlichkeit sagen, wo es überall weitergeht, wo wir investieren, was alles gemacht werden kann. Natürlich, meine Damen und Herren, vergessen wir nicht ein Budget, das an und für sich in den Rahmenbedingungen in Wirklichkeit sehr eng gesehen wird, heißt natürlich, dass es auch zu Belastungen für die Bevölkerung kommen wird müssen, dass es Einschränkungen gibt auf der einen Seite im Magistratsbereich, auf der anderen Seite natürlich auch in vielfacher Hinsicht, wenn es um Förderungen und andere Dingen geht, und da haben wir ebenfalls

Schwerpunkte gesetzt, und daher ist es auch wichtig, dass die Politik spart und ich bekenne mich und meine Partei bekennt sich zu konstruktiven Verhandlungen über Reduzierung verschiedener Bereiche in unserer Stadt, sei es in der Stadtregierung, sei es im Gemeinderat und daher bin ich auch froh, dass sich die Partner der Verantwortung, ÖVP und SPÖ, wiedergefunden haben, indem wir automatisch erklärt haben, es ist ja nicht einfach machbar, weil das ist bundesgesetzlich so geregelt, dass wir eigentlich auch einmal auf eine entsprechende uns zustehende Gehaltserhöhung verzichten, also eine Nulllohnrunde, und diese Mittel dafür verwenden wollen, zum Beispiel in einen Sozialfonds einzuzahlen. Ich glaube schon auch, dass diese Bemühungen von einer Glaubwürdigkeit dieser politischen Maßnahmen getragen ist und ich lade alle Parteien ein, hier auch entsprechend mitzuwirken (*Applaus SPÖ*).

Und, meine Damen und Herren, zu meinen eigenen Ressorts. Ich werde mit der Berufsfeuerwehr beginnen und zwar aus einem ganz wichtigen Grund. Das Budget der Grazer Berufsfeuerwehr ist hauptsächlich oder ist davon getragen, dass wir ja den Sachaufwand praktisch mit entsprechenden Fördermitteln und Einnahmen bestreiten und auf der anderen Seite dann der Personalbereich überbleibt. Und ich glaube, der ganze Gemeinderat bekennt sich zu unserer Formel, pro tausend Einwohner auch einen Berufsfeuerwehrmann zu haben. Ich bin froh, dass es nunmehr am Ende dieses Jahres auch gelungen ist, Dank an den Bürgermeister und Personalreferenten, dass also auch hier das Personal bei der Berufsfeuerwehr aufgestockt wird, das ist wichtig für die innere Motivation unserer Berufsfeuerwehrmänner, aber ganz besonders wichtig ist auch die Bereitschaft nämlich, und der Herr Branddirektor sitzt ja hinten, der Feuerwehrmänner und auch hier wieder, meine Damen und Herren, geht es nur im Einvernehmen mit der Personalvertretung, die Bereitschaft signalisiert wird, dass wir uns einmal die Feuerwehr anschauen, dass wir da durchaus so etwas wie eine Studie in Auftrag geben, um einfach selber einmal zu wissen, wo stehen wir, was ist notwendig, wohin wollen wir gehen und auf der anderen Seite auch die Bereitschaft bekundet wird, im Personalbereich auch einen finanziellen Beitrag zu leisten, möglicherweise durch Wochenendabsenkung, da immer noch die Sicherheit im Auge zu haben und daher, meine Damen und Herren, ändert sich für mich als Feuerwehrreferent nichts an der Tatsache, dass ich mich zur Grazer Berufsfeuerwehr bekenne. Und ich habe mir

aber gedacht, man sollte ja auch in einer Budgetrede manchmal gütig sein und der Herr Gemeinderat Hohensinner ist ja außerordentlich bemüht, sich immer wieder für die freiwillige Feuerwehr einzusetzen oder für die Jugendfeuerwehr und jetzt habe ich mir gedacht, ich darf das sogar, dass ich als Feuerwehrreferent dem Herrn Gemeinderat Hohensinner praktisch heute einen Helm überreiche...

Bürgermeisterstellvertreter Ferk überreicht Gemeinderat Hohensinner einen Feuerwehrhelm

Bgm.-Stv. **Ferk**: Aber das, meine Damen und Herren, ist der Helm der Grazer Berufsfeuerwehr. Vielleicht wird er auch eines Tages die Grazer Berufsfeuerwehr ganz besonders schätzen, aber unabhängig dessen, meine Damen und Herren, möchte ich noch einen besonderen Schwerpunkt aus dem BürgerInnenamt Ihnen mitteilen, einfach deswegen die Gelegenheit wahrnehmend auch zu sagen, die Geburtsurkunde am Wochenbett ist ein guter Erfolg, den wir in der Stadt als Service für die werdenden Mütter eigentlich eingeführt haben und ich kann sagen, vom 1. Jänner bis 7. Dezember 2005 haben wir tausend Geburtsurkunden direkt im LKH verbreiten dürfen und übergeben dürfen und noch einmal 467 Geburtsurkunden im Sanatorium Leonhard und 321 Geburtsurkunden im Sanatorium in der Ragnitz.

Meine Damen und Herren, ich komme auch gerne zum Umweltressort. Einige Bereiche, meine Damen und Herren, müssen in den Förderungen schlanker werden, einfach deswegen, weil natürlich auch das Umweltressort von Einsparungen betroffen ist, aber in einem Bereich werden wir ganz besonders uns einbringen und haben nicht irgendwo gespart, nämlich da geht es um die Energieförderung im Zusammenhang mit Umstellung von Heizungsumstellungen vor allem für die Mindesteinkommensbezieher, weil auch die Wohnbereiche, wo wir Mindesteinkommensbezieher haben, also auch in Gemeindebauten, davon profitieren sollen, dass es eine bessere Luft in ihrer Umgebung geben kann.

In den Geriatrischen Gesundheitszentren, ich glaube, das habe ich schon am Beginn gesagt, laufen ja die Investitionen weiter; was uns eher ein bisschen Schwierigkeiten macht, ist natürlich der Personalbereich in diesen Zentren, weil wir auch dort in Wirklichkeit mit einem sehr schlanken Budget auskommen müssen, aber trotzdem keine Sorge, für alle und alle die, die im Verwaltungsausschuss tätig sind, wissen, dass die Qualität auch künftig aufrecht erhalten werden kann. In diesem Sinne nochmals der Dank an alle meine Abteilungen, natürlich auch mein eigenes Büro. In der Vorbereitung der Budgetgespräche und in diesem Sinne, meine Damen und Herren, wird unsere Fraktion gerne diesem Budget zustimmen und ich hoffe wohl auch, dass die konstruktive Zusammenarbeit in dieser Frage auch von all jenen getragen wird, die heute nicht zustimmen, weil letztendlich geht es um die Menschen in unserer Stadt (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 18.10 Uhr den Vorsitz.

Bürgermeister Mag. Siegfried N A G L

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung, hoher Gemeinderat, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und liebe Gäste, die Sie da sind!

Es ist heute für mich schon das zehnte Mal, dass ich bei einem Gemeinderat anlässlich einer Budgeterstellung dabei sein darf. Es waren Provisorien und es waren Budgets für die Folgejahre. Alle politisch verantwortlichen Menschen aller Fraktionen haben, glaube ich, eines im Sinn, sie wollen, dass Menschen, wenn es um Kommunalpolitik geht, in der Stadt glücklich leben. Und ich habe gestern das Programm der Styriarte des nächsten Jahres in die Hand bekommen, das da lautet: Endlich glücklich. Und im nächsten Jahr wird Matthis Huber und viele Künstler versuchen, dem auf den Grund zu gehen, was man unter Glück des Menschen versteht und sie werden Musik und wahrscheinlich auch Lesungen bringen von großartigen Künstlerinnen und Künstlern, die ebenso wie wir auf der Suche nach dem Glück waren, das man halt einmal bekanntlicherweise nicht festhalten kann. Und ich möchte auch sagen, weil ich sehr oft zu Menschen komme bei den Ehrungen, die schon 90, 95 oder über 100 Jahre alt geworden sind, dass ich dann im Gespräch feststelle, dass diese Menschen mir immer wieder sagen, die harten Jahre haben zum Glück gehört, das waren jene Jahre, wo wir nicht viel Geld hatten, wo es uns nicht so gut gegangen ist. Und wenn wir über ein Budget sprechen und über das nächste Jahr, und ein Budget sichert uns immer in einer Stadt das nächste Jahr, dann sollten wir ein bisschen auf diese älteren Menschen auch hören und ich habe eine Stadt, glaube ich, auch im Gemeinderatssaal schon einmal zitiert und ich möchte es wieder tun, weil der Bürgermeister von Plowdiw hier in Graz war mit einer Delegation und mich angesprochen hat auf das Thema Budget. Und er hat zu mir gesagt, sagen Sie mir schnell, wie viel Budget hat die Stadt Graz und ich habe ihm damals gesagt, rund 750 Millionen Euro, jetzt sind es über 770 Millionen Euro, und habe ihn natürlich die Gegenfrage gestellt, wie viel Einwohner hat Plowdiw, sie leben auch in unserem Europa, sie haben einen wesentlich größeren Aufholbedarf als wir in vielen Bereichen der Infrastruktur und der Politik im Allgemeinen und ich habe ihm auch dazugesagt, dass bei diesem Budget unsere Beteiligungen nicht dabei sind, das ist rein das städtische Budget mit all den Bereichen und Dienstleistungen, die wir

für die Menschen erbringen. Und er hat mir dann zur Antwort gegeben, das inklusive seiner Beteiligungen das Budget der Stadt Plowdiw mit 300.000 Einwohner rund 35 Millionen Euro pro Jahr beträgt. Wir haben das 22fache, und den Vergleich mit den Beteiligungen, auf den gehe dann ein bisschen später noch ein. Ich bin eigentlich seit zehn Jahren unheimlich stolz, oder seit acht Jahren, unheimlich stolz darauf, dass ich hier im Gemeinderatssitzungssaal der Stadt Graz Politik machen darf und zwar deswegen, weil ich jedes Mal, wenn ich andere parlamentarische Debatten auf Landes-, Bundes-, europäischer Ebene oder auf der ganzen Welt verfolge, bis hin nach Korea, wo es immer gleich zu Handgreiflichkeiten kommt, bei uns ein anderer Stil da ist. Ein Stil wo man durchaus zwischendurch seine Ecken und Kanten zeigt und zeigen möchte, wo man auch einmal kurzzeitig boshaft oder böse sein kann, wo man kurzzeitig vielleicht auch einmal jemanden attackiert, aber im Großen und Ganzen wir in diesem Gemeinderat doch eine Sprache und ein Miteinander leben, das in der Politik eigentlich fast seinesgleichen sucht. Und das ist vielleicht auch ein Grund dafür, warum diese Stadt international eine solche Reputation und Anerkennung hat. Und, liebe Maxie, wenn du heute in einem Bereich die Stadt Graz mit Klagenfurt verglichen hast, ich bin stolz darauf, dass wir eigentlich tagtäglich bemüht sind, in einem internationalen Ranking mit Städten wie Laibach oder anderen Partnerstädten bis hin nach Budapest eigentlich mitkonkurrenzieren können, wenn es um die Bereiche Kultur, Wirtschaft und Soziales und darüber hinaus auch viele andere Bereiche geht. Ich möchte auch dazusagen, dass es mir selbst Leid tut, dass der Tag nur 24 Stunden hat und dass das schwierigste Thema in der Politik bei vielen Fraktionen und vielen Persönlichkeiten und vielen NGOs und Institutionen, die wir haben, dieser Tag einfach nie reicht, um mit allen so zu kommunizieren, wie es notwendig wäre. Wir haben heute von der Kollegin Kaltenbeck-Michl eine sehr herzhaftete Rede gehört, eine kämpferische Rede, wie wir es von ihr, wie von dir gewohnt sind, Tatjana. Manchmal hast du etwas, was ich durchaus schätze, ein bisschen Tai Chi betrieben, Schattenboxen hier im Gemeinderatssaal gegen virtuelle Gegner, die leider hier gar nicht sitzen, die es aber durchaus auf der Welt gibt und wo ich dir auch von Seiten meiner Fraktion sagen kann, dass sie unsere Gegner sind und die wir gemeinsam in Zukunft bekämpfen werden (*Applaus ÖVP*). Das, was mir so gut an unserer Politik gefällt, ist, dass wir nicht so leicht, manches Mal passiert es uns allen, aber nicht so leicht in diese Schwarz/weiß-Malerei hineinkommen, sondern dass wir durchaus differenzierter in allen Belangen des täglichen Lebens von

Menschen vorgehen und das ist auch die einzige Möglichkeit, seriös und ernsthaft Politik zu betreiben und wenn wir dann losgehen auf so Sprüche der Wirtschaft, geht es der Wirtschaft gut, geht es den Menschen gut, das stimmt nicht, da gilt es, eine Bremse einzugehen und ich halte weder ein neokapitalistisches, noch ein neoliberales, noch ein neokommunistisches System für dieses Europa und für diese Welt wirklich gut, sondern wir sollten differenzieren, dass es eben in allen Bereichen Menschen gibt, die Wertvolles leisten und dass es aber auch Menschen gibt, die Systeme, Grenzen, Rechtsstaatlichkeit gnadenlos ausnutzen und vielleicht auch auf Grund ihres Geldes über mehr Macht verfügen als andere. Da gilt es, die Bremse zu ziehen und hat auch meine Fraktion etwas anzubieten, das wir uns nicht nur auf unsere Fahnen heften wollen, sondern das wir umsetzen und leben wollen und das ist das Programm, das heute Joschi Riegler mit Menschen aller Fraktionen auf der Welt versucht umzusetzen, nämlich die ökosoziale Marktwirtschaft (*Applaus ÖVP*), weil wir davon überzeugt sind, dass nur ein komplett neuer politischer Ansatz auch wirklich zielführend sein kann, wo wir die ökologischen, die sozialen Interessen wiederfinden, aber durchaus den Markt auch als eine zum Teil, auch manchmal leider gewachsene Realität, annehmen müssen und akzeptieren müssen. Und da gilt es, Bremsen einzubauen, zum Beispiel wenn heute die Reichsten der Reichen mit Kapital mit einer Geschwindigkeit von einem Kontinent zum nächsten wandern, immer ihre Vorteile suchend und da gibt es zum Beispiel den Vorschlag, aber der muss weltweit passieren, dass wir diese Kapitaltransfers endlich einmal besteuern und jenen Menschen zukommen lassen, die sonst unter Garantie nicht nur Europa sondern die ganze Welt massiv überrennen werden. Wir haben Völkerwanderungen in einer Massivität jetzt schon im Gang, wie es noch nie der Fall war und es wird auch Europa in punkto Integration und in punkto ihrer Politik umdenken müssen. Wir brauchen in Brüssel Menschen, die den globalen Ansatz im Herzen tragen, die auf Nachhaltigkeit abzielen und die nicht nur in Quantität und in wie viele Mitglieder können wir noch bekommen, sondern endlich in qualitativen Programmen denken, arbeiten und das auch umsetzen (*Applaus ÖVP*).

Unser Finanzreferent hat heute klar gesagt, dass er sich dagegen ausspricht, dass Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden. Ich sehe das schon wieder ein bisschen differenzierter, ich bin auf alle Fälle dagegen, dass Arme ärmer werden, aber es gibt auch Menschen, die durchaus schon zu Wohlstand gekommen sind und die mit ihrem Fleiß auch noch reicher werden dürfen, aber es soll niemals über

Leichen gehen, es soll niemals so passieren, dass Menschen nur reicher werden, weil andere dadurch ärmer werden (*Applaus ÖVP*).

Es ist heute der Bereich der Bildungspolitik angesprochen worden und die Pisa-Studie, eine kleine Delegation hat vorgestern die neue Botschafterin Finnlands hier in Graz empfangen dürfen, sie hat sich ins Goldene Buch eingetragen und es wurde ihr die Frage gestellt: „Wie sehen Sie denn das mit der Pisa-Studie? Was ist der Unterschied zwischen Österreich und Finnland, wo doch Finnland immer als Musterschüler, auch bei der Pisa-Studie, abschneidet. Können Sie uns einen Tipp geben?“

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Die Ganztagschule.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, da gibt es mehrere Antworten und mir hat das sehr gut gefallen, wie diese finnische Botschafterin darauf reagiert hat. Sie hat nämlich nicht nur eine Ganztagschule zitiert, sondern sie hat etwas gesagt, was mir schon längst auch in unserer Gesellschaft, vor allem auch in Graz und in Österreich aufgefallen ist, nämlich den Umgang mit den Lehrerinnen und Lehrern. Und ich sage das, was eine Gesellschaft permanent laut ausspricht, wird sie irgendwann auch einmal ernten und es ist gleich, ob man über Politiker, über Journalisten, über Lehrerinnen und Lehrer schimpft, es wird irgendwann einmal vielen Menschen die Lust vergehen, einem Berufsstand anzugehören, der permanent nur in den Schlagzeilen ist mit negativen Botschaften (*allgemeiner Applaus*). Die finnische Botschafterin hat gesagt, die Lehrerinnen und Lehrer sind die wertvollsten Mitglieder unserer Gesellschaft und das tun wir bei jeder Gelegenheit kund und wir sollten uns vielleicht auch ein bisschen daran orientieren und in Summe überhaupt versuchen, einen positiveren Lebensansatz in unserer heutigen von Schlagzeilen beherrschten Welt zu finden und diese Schlagzeilen, wie Sie alle wissen, in der Medienlandschaft sind halt nicht immer so, dass man wirklich Lust kriegt auf Expansion, auf Konsum, auf Freude, sondern dass da viele Ängste dabei sind, wo Menschen dann auch den

Wirtschaftskreislauf und vieles andere einfach nicht mehr so mittun, dass es uns gut täte.

Ich möchte Ihnen heute auch noch ein Erlebnis schildern, das ein bisschen ausdrücken möchte, wie wir von Seiten der ÖVP und ich als Bürgermeister, auch Sozialarbeit verstehen. Es ist ein Erlebnis, dass ich vor ein paar Monaten hatte am Hauptplatz, als ich mitten am Tag im Steireranzug von einer Veranstaltung kommend zum Rathaus geeilt bin, wo ein junger Mann, der am Hauptplatz uns durchaus das eine oder andere Problem schon verursacht hat, laut sagt: Jö schau, da ist der Bürgermeister, hast ein bisschen Zeit für mich? Ich bin stehen geblieben und dieser 21-jährige junge Mann hat mich angeschnorrt, wie es auf gut steirisch heißt, und hat gesagt, hast ein paar Euro für mich und ich habe gesagt, selbstverständlich habe ich ein paar Euro für dich, aber ich hätte ein Bitte dafür, könntest du ein paar Minuten mit mir dafür plaudern, ich möchte mit dir ins Gespräch kommen. Und da hat er dann gerne ja gesagt, es sind dann auch sehr hilfreich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialamtes dazugekommen, die diese Szenerie beobachtet haben, selbstverständlich auch einige andere Punks und Menschen, die da Interesse an dieser Diskussion gehabt haben, die bunten Menschen die da waren, wobei einige gemeint haben, um Gottes Willen, lass' den Bürgermeister in Ruhe, die Sozialarbeiter haben gesagt, Herr Bürgermeister, wir kümmern uns schon drum, habe ich gesagt, bitte nicht drum kümmern, ich möchte mit diesem jungen Mann ein bisschen sprechen. Und dann sind wir ins Gespräch gekommen, warum er jetzt keine Wohnung hat, warum er glaubt, dass er in der Gesellschaft keinen Platz hat, warum er das Gefühl hat, überhaupt nie mehr aus den Schulden herauszukommen, keine Familie gründen zu können und vieles mehr. Und ich habe dann gesagt, was glaubst du, warum du in dieser Situation bist und er hat dann auch gleich breitwilligst Auskunft gegeben, dass alle Menschen in seiner Familie und in seinem Umfeld daran schuld seien, dass es so gekommen ist. Und ich habe dann auch gesagt, dem Soziahelfer, der gesagt hat, nein, er hat eh eine Wohnung und wir machen das für ihn und wir machen das für ihn, dass ich dann gesagt habe, das ist alles wunderbar, dass wir das machen, aber hat diesem jungen Menschen schon einmal einer gesagt, dass irgendjemand an ihn glaubt? Und ich habe es mir erlaubt zu tun, ich habe gesagt, ich als Bürgermeister, wenn ich dich so anschau, glaube an Fähigkeiten und Talente, die du mitbekommen hast, um dein Leben auch zu gestalten. Und ich kann nur sagen, das sollte jeder von uns probieren, nämlich Mut zusprechen und

nicht immer gleich mit Euros oder mit irgendwelchen Hilfen zur Seite stehen, weil Menschen auch so etwas wie Hoffnung brauchen und einen Zuspruch brauchen. Und es war dann interessant, es war ein tolles Gespräch, er hat mir dann auch gesagt, dass er eigentlich eh schon einen Freund hat, habe ich gesagt, ob er mir den vorstellen kann, hat er gesagt, ja, er hat beim Herrn Oster einen Hund gestern geholt, hat er mir dann vorgestellt, habe ich gefragt, wie heißt der Hund, hat er gesagt, der hat natürlich keinen Namen, habe ich gesagt, das kann ja wohl nicht sein, dass ein Hund, noch dazu ein schwarzer, keinen Namen hat und er hat gemeint, ja wenn man einen Namen aussucht, ist dein Freund, du wirst ihn ja wohl vielleicht irgendwie ansprechen wollen und wir haben ihm dann gemeinsam einen Namen gegeben, selbstverständlich Sigi Binder, Siegfried Nagl, wir Zwei haben das große Los gezogen, der schwarze Hund heißt jetzt Sigi und den wollte er ihm unbedingt geben, er hat mich ums Einverständnis gebeten, ich habe gesagt, ich tue das gerne. Das habe ich Ihnen jetzt erzählt, weil mir es wichtig ist, dass wir in all unseren Sozialüberlegungen auch eines nicht vergessen, nicht immer nur zu sagen, ich kann dir helfen und das bekommst du, sondern auch zu sagen, was kann ich für dich tun, was können wir gemeinsam tun, was kann ich für dich tun, damit du die Unterstützung erhältst, dass du es auch wieder selber schaffst und dieser Ansatz ist mir als Sozialpolitik auch unheimlich wichtig (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

Ich möchte jetzt zu Beginn auch klarstellen, dass es nicht mein Budget ist, dass es nicht sein Budget ist, sondern dass es unser Budget ist, unser Budget in der Stadt Graz, für das viele Menschen Verantwortung tragen, wo viele Menschen mitdenken, unsere Beamtinnen und Beamten, unsere Vertragsbediensteten, das die Damen und die Herren, die als Vertragsbedienstete bei uns arbeiten, und ich möchte, weil das heute noch nicht oft vorgefallen ist, ich möchte mich heute beim Finanzreferenten bedanken, fünf Jahre habe ich die Ehre gehabt, das Budget der Stadt Graz zu gestalten, ich habe mich redlich abgemüht unter den damaligen Bedingungen, es war auch nicht immer leicht und ich weiß, dass da auch das ganze Jahr über ein Druck da ist, der sich gegen Ende des Jahres dann besonders stark aufbaut. Ich möchte dir, Herr Finanzreferent, dir, Wolfgang, herzlich danken dafür, dass du auch in allen Diskussionen bereit warst zuzuhören, und zwar allen Stadtsenatsreferentinnen und Stadtsenatsreferenten zuzuhören, den einen oder anderen Wunsch doch ins Budget aufzunehmen, weil du, glaube ich, auch von

unserer Seite das klare Signal bekommen hast, dass wir als oberste Priorität den Sparwillen und den Reformkurs der Stadt Graz ernst nehmen und mitgestalten wollen. Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die schon wesentlich maßvoller als ich das auch in manchen Jahren gewohnt war, Budgetanmeldungen gemacht haben, weil allein bei den Investitionen, wenn ich mich zurückerinnere, gab es fast kein Jahr, wo nicht mindestens drei Milliarden Schilling Wünsche am Tisch gelegen sind. Von solchen Dimensionen gehen wir heute nicht einmal mehr im Ansatz aus. Ich freue mich, dass wir in der Budgettechnik wieder einige Erneuerungen schaffen, Erneuerungen an denen, ich glaube, Wolfgang Riedler hat es auch schon gesagt, andere Bürgermeister, andere Finanzreferenten und andere Gemeinderatsmitglieder großes Interesse haben in anderen Städten in Europa, unter anderem auch in Österreich und wir werden schon im Jänner wieder Besuch von Kolleginnen und Kollegen aus Österreich bekommen, die lernen wollen, wie man mit Aufgabenkritik, mit Reformprozessen und mit neuen Budgetmethoden umgeht und wir haben vielleicht auch da wieder einmal die Nase vorn, weil wir ehrlich, wie wir sind, auch sehr frühzeitig schon zu erkennen gegeben haben, was finanztechnisch uns droht, wenn wir nichts tun. Und es gibt Städte in Österreich und Gemeinden in Österreich, die stehen dramatischer da als die Stadt Graz, da höre ich aber nicht von solchen Bestrebungen, die gibt es auch. Ich freue mich, dass wir es auch geschafft haben, dass die Mittel eines Vorjahres, die nicht verbraucht werden, ins nächste Jahr übertragen werden. Dieser finanztechnische Trick, dass wir das zuerst auf ein Konto tun und im nächsten Jahr wieder aufteilen, ist wirklich eine wahrscheinlich tolle Errungenschaft, weil die Oktober- bis Dezemberbestellungen in manchen Bereichen kennen doch viele und es ist schade, dass auch hier viel Geld im Vorhinein hinausmarschiert (*Applaus ÖVP*).

Ich möchte jetzt auch zum Personalbereich kommen; Sie werden aus den Budgetzahlen entnommen haben, dass der Personal- und Pensionsbereich in Summe um 8,5 Millionen Euro von einem Jahr aufs nächste wieder ansteigen wird. Und ich möchte, und ich bekenne mich klar dazu, der Personalvertretung ein Danke sagen, ich möchte ganz klar diese sozialpartnerschaftliche Vorgangsweise, die wir in Graz pflegen, hier wieder betonen und mich auch in der Zukunft dieser verpflichten. Wir haben im vergangenen Jahr mit der Personalvertretung ein Paket ausverhandelt, ein Paket, das sehr viele dienstrechtliche Veränderungen beinhaltet hat und wir fast in jedem Gemeinderat und in jedem Stadtsenat noch die Auswirkungen dieser

damaligen Vereinbarung beschließen. Wir haben im vergangenen Jahr einen Lohnverzicht bis zur Mitte des Jahres von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eingefordert, deswegen war es für mich auch ganz klar, im heurigen Jahr diese 2,7 % Lohnerhöhung, die es fast im Schnitt für alle Bereiche in Österreich gibt, sofort mitzutragen und anzuerkennen und dabei werden wir auch bleiben. Es kostet uns natürlich um einiges mehr, weil allein fast 4,5 Millionen Euro durch das Aussetzen im Halbjahr heurigen Jahres eingespart werden konnte, jetzt explodiert das quasi dann fast doppelt im nächsten Jahr. Ich freue mich auch, dass wir die Wiederaufnahme der Tilgungen möglich machen können und ich freue mich auch, dass wir in Summe bei den Maastrichtergebnissen auch dem Land Steiermark keine großen Schwierigkeiten machen. Bei den Investitionsprogrammen, meine Damen und Herren, könnte man am schnellsten streichen, dann würde man wahrscheinlich auch gar keine Darlehen mehr aufnehmen müssen. Ich erinnere wirklich an unser Klärwerk mit einer Gesamtsumme von über 50 Millionen Euro, ich erinnere an die HL-AG, an drei Straßenbahnverlängerungen, all das, was heute schon zitiert worden ist, bis hin zur Sanierung der städtischen Wohnhäuser, wo es natürlich noch einen Aufholbedarf auch gibt und ich freue mich, dass wir das möglich machen können, weil ich mir auch herausgesucht habe, wie viel die Stadt Graz in Summe investiert, wenn sie ihre Beteiligungen auch mitzählt.

Und, meine Damen und Herren, das wird Sie vielleicht schon interessieren, die Grazer Stadtwerke mit all den Bereichen der täglichen Daseinsvorsorge, die sie abdecken, haben vor, im Jahr 2006 sage und schreibe 62,5 Millionen Euro neben unseren Investitionen in die Stadt Graz zu investieren, im Bereich der Informationstechnik, im Bereich des Wassers, der Bestattung, im zentralen Bereich, in erster Linie bei den Verkehrsbetrieben, aber auch bei den Freizeitbetrieben und das ist eine enorme Summe, die wir eigentlich zu unserem Budget auch fast mitzählen müssten. Es arbeiten nämlich neben den 4.300 Mitarbeitern der Stadt Graz zur Zeit auch 1.633 Konzernmitarbeiter bei unseren Stadtwerken. Die Konzernumsatzsumme beträgt 100 Millionen Euro, die können Sie de facto auch in Graz wieder einmal dazuschlagen und ich bin heute Mittag auch vom ORF interviewt worden, wo es wieder um die Schlagworte gegangen ist, seid ihr jetzt Pleitehauptstadt oder seid ihr es nicht usw., und ich habe gesagt, ich nehme das Wort nicht einmal mehr in den Mund, weil jeder ordentliche Kaufmann, wenn er budgetiert, sieht nicht nur die Gewinn- und Verlustrechnung, sondern sieht auch die

Gesamtbilanz und das, was auf der Aktivseite steht und da hat Graz dank seiner Konzerne und Beteiligungen einiges anzubieten. Ich möchte Ihnen auch sagen, dass wir bei den Stadtwerken auch damals wesentlich Nonprofit- und Profitbereiche übertragen haben, die sich möglichst die Waage halten sollen. Wir haben bei den Nonprofit-Geschäften eine Summe von 26,4 Millionen Minus, das stammt aus der GVB mit 21,5 Millionen Minus, aus den Freizeitbereichen, aus der Bestattung, aus der Schöckelseilbahn und sonstigen kleineren Bereichen. Wir haben aber auch mitgegeben profitable Geschäftsbereiche und da gibt es einen Überschuss von 25 Millionen Euro und der kommt aus Flughafen, Ankünder, Wasser, Infotechnik und Managementservices, und es wird in wenigen Jahren auch wieder eine...

Zwischenruf GR. Schmalhardt: Kapitalgewinn.

Bgm. Mag. **Nagl**: Bitte? Und Kapitalgewinn im Moment, jetzt nicht zu vergessen und das wollte ich eben gerade ansprechen, der größte Teil ist ein Kapitalgewinn, ein Kapitalertrag aus dem Vermögen, das wir veranlagen konnten auf Grund des Energieanteilverkaufs in Richtung Estag und in wenigen Jahren wird auch das Darlehen, das wir in der Energie Graz aufgenommen haben, zurückbezahlt sein und wenn das der Fall ist, werden aus meiner Sicht, ja es wird noch sieben bis zehn Jahre dauern, wir werden sehen, wie sich das mit Zinssätzen etc. entwickelt, aber so wie es jetzt läuft, wird es in einigen Jahren der Fall sein und dann werden unsere Grazer Stadtwerke entweder einige Teile, die wir jetzt von Seiten des Stadtbudgets mitfinanzieren, einfach übernehmen können oder es wird auch erstmalig eine Dividende in Richtung Landeshauptstadt Graz ausbezahlt werden. Soweit einmal zum Zahlenwerk.

Aber ich möchte auf etwas eingehen, was heute schon oft zur Sprache gekommen ist. Inwieweit helfen uns Land und Bund bei unserer Situation und bei unserer Problematik? Das Land Steiermark hat in den letzten Jahren verstärkt in den Geldbeutel gegriffen und der Stadt Graz dabei geholfen, noch mehr Dienstleistungen für den Bürger anzubieten. Ich habe mir heute aktuell die Zahlen kommen lassen,

Zahlungen des Landes an die Stadt Graz, Stand November 2005, weil wir sehr leicht Gefahr laufen, auch da Äpfel mit Birnen zu vergleichen und zu sagen, das wünsche ich mir und die Landesumlage soll fallen und vieles mehr. Es wäre immer schön, aber ich glaube, man sollte fairerweise auch der Landespolitik in die Augen schauen können und sagen können, was tut ihr wirklich für uns und was können wir aufrechnen und was nicht. Bis November 2005 gab es Zahlungen des Landes an die Stadt Graz bereits im Ausmaß von 144,426 Millionen Euro. Daneben gibt es noch Zuschuss Landesmuseum Joanneum, Kunsthausbetrieb 2,7 Millionen Euro, den Zuschuss für die Theaterholding mit 17,724 Millionen Euro und wir sollten, wenn wir die Abschaffung von Landesumlagen fordern, auch daran denken, dass in Graz zum Beispiel das gesamte Spitalswesen eben nicht städtische Angelegenheit ist, sondern wir ein Landeskrankenhaus haben mit solchen immensen Investitionssummen und auch jährlichen Beitragssummen des Landes Steiermark, dass wir froh sein können, dass das nicht unsere Angelegenheit ist. Ich möchte auch betonen, dass wir nicht gleich zuweisen sollten, wer ist denn wo ausgestiegen und wer nicht, weil ich habe mich damals mit dem Herrn Bürgermeister Alfred Stingl nicht gefreut, als wir damals beim Kollegen Ressel waren, der uns vor Jahren schon gesagt hat, wir möchten aus ein paar Bereichen heraus, Messe, Kongress und vieles mehr. Es gab dafür relativ hohe Abschlagszahlungen, wenn ich so sagen darf und Unterstützung im Investitionsbereich, die wir hier nicht übersehen sollten, weil als Finanzreferent war ich sehr stolz, dass mir in fünf Jahren geglückt ist, auch über eine Milliarde, 1,2 Milliarden Schilling waren es, von den übergeordneten Gebietskörperschaften nach Graz zu holen, für Stadthalle, Kulturhauptstadtjahr, Messegebäude und vieles mehr (*Applaus ÖVP*) und es wird jetzt eine große Anstrengung von uns notwendig sein, dem Land noch weitere Zahlungen abzurufen. Eines steht für mich aber fest, das Land hat, genauso wie der Bund, zwei Wege und Möglichkeiten uns zu helfen, entweder in Form von Geld, aber das ist ja bekanntlich in anderen Gebietskörperschaften nicht in Hülle und Fülle da, aber der zweite Weg ist, auch für Erleichterungen zu sorgen uns nicht dauernd mit neuen Aufgaben und wenn nur gegen eine gerechte Bezahlung und unter Umständen mit der einen oder anderen Gesetzesänderung auch wieder Erleichterungen zu verschaffen, die wir dringend brauchen (*Applaus ÖVP*), da muss man dann wieder diskutieren, geht es um Qualitäten oder nicht.

Meine Damen und Herren, Sie haben heute auch, und dafür bin ich dankbar, einen Kunst- und Kulturbericht der Stadt Graz bekommen. Und auf einer der letzten Seiten steht, Graz ist Kulturhauptstadt auch 2004, das Projekt Kulturhauptstadt Europas hat mit dem damit verbundenen Modernisierungs- und Investitionsschub die Weiterentwicklung vom Geheimtipp zur Kulturhauptstadt ermöglicht. Die Marke Graz wurde dadurch zusätzlich gestärkt. Graz ist innovativer, mutiger und neugieriger als je zuvor. Die touristische Marke Graz besticht nach wie vor mit ihrem historischen Ambiente, der sprichwörtlichen Gastfreundschaft und dem südlichen Flair. Und es kommen dann auch Nächtigungszahlen und vieles mehr, auf die wir durchaus stolz sein dürfen, weil das Jahr 2003 ist an der Stadt Graz nicht spurlos vorübergegangen, weder von außen betrachtet noch von innen, es wird von uns abhängen, ob wir den Menschen wieder Optimismus, Mut und Anpacken signalisieren oder einen anderen Weg. Die Grazer Highlights in den vergangenen Jahrzehnten, unsere ganz besonderen Vorzeigebereiche waren die Lebensqualität, das Soziale, die Kultur und Wissenschaft inklusive des Dialogs der Religionsgemeinschaften miteinander, es war aber auch, und da möchte ich schon darauf verweisen, in den letzten Jahren ein wunderbarer Weg der Reformen im Magistrat spürbar und wir haben heute die Möglichkeit, rund um die Uhr unsere Amtsgeschäfte per Internet und Mausclick erledigen zu können, da sind wir auch Spitzenreiter, das haben uns noch nicht viele Städte in unserer Größenordnung vorgemacht und da bedanke ich mich bei allen, die mitgearbeitet haben (*Applaus ÖVP*).

Das größte Anliegen von Menschen, wenn du sie befragst, was ist für dich besonders wichtig in deinem Leben und was gibt es für Probleme in der Landeshauptstadt Graz, kommt immer als erstes Thema mein Arbeitsplatz oder der meiner Kinder. Und wenn wir die Statistik von Ende November nehmen von Graz und Graz-Umgebung, dann haben wir gesamt, Graz-Umgebung gehört dazu, möchte ich auch sagen mit 150.000 Einwohnern und wir mit 240.000, so haben wir in Graz zur Zeit 11.622 arbeitslose Personen, die sich aufteilen, davon 4.927 Personen Frauen und 6.695 Männer und ich sage dazu, da sind wir in der Steiermark selbstverständlich mit einer prozentuellen Quote von 7,7 % vorne dabei. Man darf aber natürlich auch nicht vergessen, dass alle Menschen, denen es nicht gut geht, meistens in einem Großraum wie Graz eine Arbeit suchen, weil das natürlich eher von Erfolg gekrönt sein kann als woanders.

Ich möchte mich bedanken für die Mitarbeit und Zusammenarbeit in all meinen Bereichen, für die ich Verantwortung trage, beim Herrn Dr. Kalcher und seinem Team für die Personalentwicklung, Sie wissen, dass ich bemüht bin, nicht nur sozialpartnerschaftlich vorzugehen, sondern dass wir auch gemeinsam versucht haben von 4.300 Mitarbeitern in dieser Periode etwa 10 % abzubauen, das hieße rund 400 Damen und Herren und zwar immer durch einen natürlichen Abgang, sprich durch Pensionierungen oder durch Nicht-Nachbesetzungen, wenn sich jemand verändern will. Da sind uns bis zur Halbzeit in etwa 250 Personen gelungen, wir haben dann durch das neue Kinderbetreuungsgesetz 138 Personen wieder aufnehmen müssen, dadurch ist diese Statistik natürlich verzerrt. Weil heute auch die Frage war, warum es noch keinen Dienstpostenplan heute auch anlässlich des Budgetgemeinderates gibt, so möchte ich sagen, dass erstens die Personalvertretung und die Gewerkschaft vom Fristenlauf her es nicht geschafft hat, dass ich aber gleich dazusagen muss, das ist keine Ausrede, sondern es wäre auch nur ein Dienstpostenplan gewesen, wo ein paar Kleinigkeiten korrigiert sind. Ein wirklich großes Verändern des Dienstpostenplanes, auch durch die Neuverteilung innerhalb des Magistrates, streben wir für das nächste Halbjahr an und werden wir dem Gemeinderat auch vorlegen. Noch einmal ein Dankeschön an Magistratsdirektion und Präsidialamt für die Unterstützung, auch der Politik und für den gesamten inneren Dienst, die Reformprozesse, die wir haben, sind herzeigbar, auch das ist immer wieder spürbar, wenn wir eingeladen werden beim Österreichischen Städtebund, am Städtetag, die Referate zu halten und Graz als Vorbild gilt. Es ist halt nur so im eigenen Land ist der Prophet halt nicht immer gleich so gern gesehen, aber man soll es auch heute wieder sagen.

Ich habe das Thema der Integration als Querschnittsmaterie übertragen bekommen. Auf Grund der Diskussion von heute möchte ich nur anführen, wenn der Gemeinderat beschließt, dass zwei Damen oder Herren dort arbeiten sollen, dann werden es auch mindestens so viele sein, ich gehe davon aus, dass das Integrationsreferat der Stadt Graz eines Tages noch viel größer sein wird, wir haben nicht dazubeschlossen, wann die Damen und Herren gleich da sein müssen, noch einmal, ich betone es heute noch einmal, wir haben gesagt, die Frau Köcksal beginnt. Ich bedanke mich auch im Bereich der Informationsverarbeitung, der EDV, beim Herrn Dipl.-Ing. Steinbrucker und seinem Team, was hier tagtäglich geleistet

wird, ist kaum vorstellbar, immer online zu sein, immer alle Krisenherde dazu bekämpfen, wenn es um Firewalls und all diese Schwierigkeiten auch im Hardwarebereich geht, verdient ein Dankeschön, wir werden einen Weg dort fortsetzen, wenn auch nicht mehr mit soviel Kapital ausgestattet, wie in der Vergangenheit, aber wir glauben, dass das Dienstleistungsangebot bis zum Bürger dadurch nicht geschmälert wird. Ein gleich großes Dankeschön auch ans Beschaffungsamt, beim Beschaffungsamt stehen Veränderungen bevor und ich möchte Frau Kainz, die auch anwesend ist, ermutigen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden auch bei den Diskussionen um die Druckerei und um andere Veränderungen nicht zu kurz kommen, wir werden schauen, dass die Damen und Herren, die dort oder da vielleicht abgezogen werden, auch wieder so eingesetzt werden und so geschult werden, dass sie Freude an ihrer Arbeit haben und bedanken möchte ich mich auch bei der Marina Dominik und dem Team der Öffentlichkeitsarbeit. Wir haben, obwohl die Mittel zur Verfügung gestanden sind in den letzten Jahren, das Geld nicht einfach ausgegeben, das da gewesen ist, sondern wir haben versucht, mit sachlicher Informationspolitik die Medien und die Bürger dieser Stadt zu informieren. Das ist nicht immer leicht, nachdem auch von Seiten aller politischen Büros und Fraktionen alle Neuheiten schneller verkauft werden als sie beschlossen werden, damit hat Marina Dominik und ihr Team auch zu kämpfen, auch da möchte ich mich heute ganz, ganz herzlich bedanken. Etwas, was wir und ich habe es eingangs gesagt, ich will nicht nur mit Klagenfurt verglichen werden, vor allem wenn es um Bettler oder sonst was geht, ich sage da ganz klar dazu, ich hätte auch nicht gerne die randalierenden Gruppen, die in Klagenfurt in letzter Zeit für negative Schlagzeilen gesorgt haben und wo Menschen mit Ortstafeln noch viele Probleme haben. Ich glaube, dass wir in einem Europa leben, das nur dann wirklich erfolgreich zu einem Friedensprojekt wird, wenn wir a) den Gedanken der Regionen stark weiterverfolgen, aber wenn die Menschen in Brüssel auch erkennen, dass das Europa der Städte so wichtig ist und ich habe auch heute bekommen den Bericht von Urban-West und all das, was uns da gelungen ist mit dem Urban-Projekten, wie Sie wissen, das Urban-Projekt hat die Europäische Union auch schon wieder fallengelassen, wir haben andere Chancen, in die Programme hineinzukommen. Mir tut es aber trotzdem Leid, weil es ja für den Österreichischen Städtebund schon, und für den Europäischen Städtebund ganz, ganz schwer war, das Wort Gemeinde oder Stadt in die Verfassung Europas überhaupt hineinzukriegen. Und ich glaube, wir

sollten tagtäglich den Bürgerinnen und Bürgern dieses Europas aber klar machen, dass gerade die Städte die erstrangigen und wichtigsten Dienstleister und Ansprechpartner für die Menschen sind und deswegen glaube ich, ich glaube nicht daran, diesmal bin ich fest davon überzeugt, dass dieses Budget, das im Prinzip alle Stadtsenatsreferentinnen und -referenten auch selbst kundgetan haben auch von der Größenordnung her und das wir jetzt gemeinsam tragen, nicht mit einem linearen Drüberfahren, dort streichen wir einfach 20 %, sondern schon mit Schwerpunktsetzungen und da ist das Wort Umverteilung dabei, wir sollten uns das im nächsten Jahr uns einmal ganz genau anschauen, welche Verteilerschlüssel wir noch vor fünf oder zehn Jahren in der Stadt Graz hatten und wo wir jetzt die Schwerpunkte gesetzt haben. Ich bin stolz darauf, Herr Finanzreferent, dass wir dieses Budget heute von dir vorgeschlagen bekommen, die ÖVP-Fraktion wird diesen Vorschlag unterstützen und wir haben damit eine Lebensgrundlage für ich sage einmal 300.000 Menschen, weil ein paar halt nicht angemeldet sind, aber unsere Dienstleistungen in Anspruch nehmen, wieder für ein Jahr geschaffen. Ich bedanke mich und freue mich schon auf die Zusammenarbeit im nächsten Jahr (*allgemeiner Applaus*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.50 Uhr den Vorsitz.

Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang R I E D L E R

Ich möchte mich zuerst bei dir bedanken, Herr Bürgermeister, für deine Worte, die auch aus meiner Sicht beschreiben, wie wir in einem guten Klima, in einem Klima einer guten Zusammenarbeit zu einem Budget gekommen sind und man muss einmal sagen, das war nicht leicht und es war auch nicht immer nur von Konsens geprägt. Auch zwischen den Arbeitspartnern ÖVP und SPÖ waren diese Gespräche nicht immer nur von Konsens geprägt, wie sollte es anders auch sein, wir haben, und das ist heute auch schon mehrfach gesagt worden, ja durchaus auch unterschiedliche politische Positionen, aber ich glaube, und davon bin ich mittlerweile wirklich überzeugt, wir haben auch die gemeinsame Überzeugung, dass wir einen Haushalt aus welchen Gründen auch immer haben, der eine Sanierungsanstrengung, die über mehrere Jahre hinweggehen wird, notwendig hat. Und ich möchte bei der Gelegenheit auch dem Vorwurf von der kommunistischen Fraktion entgegnen. Natürlich ist es so, dass hier ein Budget vorgelegt wird, das abgesprochen ist zwischen den Arbeitsausschusspartnern und zwar in sehr, sehr intensiven Arbeitssitzungen und es wäre mir durchaus Recht gewesen, wenn sich die kommunistische Fraktion dazu verstanden hätte, sich an einem solchen Arbeitsübereinkommen zu beteiligen, aber eben das war nicht der Fall und ich finde es doch etwas merkwürdig, wenn man zwar in wesentlichen Punkten nicht beteiligt sein will, die gemeinsame Arbeit nicht tragen möchte, aber dann, wenn es darum geht, etwa Budgets vorzubereiten, wiederum beim Klub dabei sein will. Es ist eine Entscheidung getroffen worden zu Beginn dieser Periode für ein Arbeitsübereinkommen oder gegen ein Arbeitsübereinkommen. Was man nicht sagen sollte ist, dass nicht mit den Referentinnen, in dem Fall den Referentinnen, beim Ernst Kaltenegger in der ersten Phase natürlich auch mit ihm, die Gespräche über ihre eigenen Ressort und über ihre Ressortbudgets geführt worden wären, das war nämlich der Fall und ich habe sogar den Eindruck gehabt, durchaus in einem guten und konsensualen Klima mit gewissen Abstrichen bei der Wilfriede Monogioudis, was ihre Sichtweise ihres Budgets angeht, das gebe ich durchaus zu, aber durchaus im Prinzip im gegenseitigen Versuch, die Notwendigkeiten des Gesamthaushaltes zu akzeptieren. Ich bin der ÖVP-Fraktion für diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit dankbar und ich möchte sagen, dazu gehört selbstverständlich

auch, dass man die Mittelaufbringung mitträgt, weil wir können nur Mittel verteilen, die wir auch vorher aufgebracht haben und das tun im Großen und Ganzen zwei Fraktionen und mit dem heutigen Budget auch ein Gemeinderat, nämlich der Kollege Khull-Kholwald, das sind die, die diese Last auf ihre Schulter nehmen mit aller Verantwortung und dafür möchte ich mich herzlich bedanken (*Applaus SPÖ und ÖVP*).

Ich möchte, bevor ich ganz, ganz wenige Punkte noch versuche zu beantworten, weil sie aus meiner Sicht in der Debatte offengeblieben sind, darauf hinweisen, dass ich mich ja, was meine Ressorts angeht, nicht zu Wort gemeldet habe, nicht weil es da nichts weiter zu berichten gäbe, sondern natürlich, um Zeit zu sparen und auch deshalb, weil ich ja ohnehin zweimal die Gelegenheit habe, mich zu dem Thema der Haushaltsanalyse und des Budgetbeschlusses zu Wort zu melden, ich möchte die Zeit nicht vorübergehen lassen, ohne mich bei meinen Amtsvorständen zu bedanken, namentlich beim Herrn Pucher, der das Rechnungsamt mit, man darf, glaube ich sagen, strenger und gerechter Hand führt. Seine Genauigkeit ist eine Voraussetzung für den Sanierungskurs, den wir gehen, ich möchte mich bedanken bei Manfred Mohab, der das Steueramt mit großer Umsicht auch führt und immer wieder besonders positive Rückmeldungen in einem schwierigen bürgerorientierten und bürgerinnenorientierten Amt bekommt. Ich möchte mich bei Kathi Peer bedanken für das Amt des Liegenschaftsverkehrs, das in erster Linie Dienstleistungen gegenüber anderen Ämtern der Stadt erbringt, auch mit Umsicht und großem Sachverstand und sehr, sehr viel Energie. Ich möchte mich beim Leiter der Liegenschaft, des Amtes für Liegenschaftsverwaltung bedanken, Dr. Fritsch, der auch den großen Servicebereich, vor allem des Reinigungspersonals, des Facilitymanagements und auch der Betreuung großer Liegenschaften der Stadt Graz über hat und ich möchte mich last but not least sozusagen bei einem Spezialreferenten und zwar bei Herrn Robert Eibl bedanken, der die Liegenschaftswerkstätten betreut und die hervorragende handwerkliche Qualität der Arbeit seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spricht, glaube ich, ohnehin für sich.

Meine Damen und Herren, ich möchte etwas zum Auszahlungstermin 12.12. sagen für die Subventionen, korrekt hat es mein Kollege Detlev Eisel-Eiselsberg gesagt, es ist mit dem Beschluss, mit den Einzelbeschlüssen festzulegen, wann der Auszahlungstermin genau sein soll, es wäre nur schlicht und einfach eine Überforderung des Rechnungsamtes oder der Finanzdirektion, diese

Einzelanzahlungstermine tatsächlich festlegen zu können. Aus allgemeiner Sicht ist selbstverständlich der letztmögliche Termin für Subventionsauszahlungen zu wählen, einfach deshalb, weil es die budgetschonendste Vorgehensweise ist und es ist jeder andere Termin möglich, der vom Fachreferent oder von den Fachreferentinnen und Fachreferenten für richtig und geeignet erachtet wird mit dem Nebensatz und dem Ersuchen, auch hier möglichst einen verträglich späten Termin zu wählen, weil uns das schlicht und einfach Zinslasten erspart.

Ich möchte darauf hinweisen bei dieser Gelegenheit und Bezug nehmen auf Martin Khull-Kholwald, es hat tatsächlich, so wie er gesagt hat, eine Einsichtnahme in das aufgelegte Budget gegeben. Die Person, die Einsicht genommen hat, ist bekannt, wird von mir hier aber nicht genannt. Ich gebe dir mit einem Kritikpunkt Recht, es hat also keinen Einwand gegeben gegen das Budget, das was wir uns wünschen würden, wäre natürlich ein intensiveres Interesse der Grazer Bevölkerung für das Budget, wobei man schon sagen muss, das Zahlenwerk hat es nun einmal an sich, dass es doch recht kompliziert und schwierig zu lesen ist, es wird in wenigen Tagen auch die Möglichkeit geben, das Budget im Intranet runterzuladen und zu lesen und hier Zugang zu finden und selbstverständlich war es so, dass der Herr Kicker in der Finanzdirektion jederzeit auch zur Verfügung gestanden ist und auch zur Verfügung stehen wird, um Erläuterungen zu Budgetdaten abzugeben.

Ich möchte ganz kurz noch etwas zum Thema meiner Abschlussworte in meinem ersten Statement sagen, natürlich bin ich dagegen, dass Arme ärmer werden, das Reiche reicher werden lässt sich meistens ohnehin nicht vermeiden und ist für mich keine ideologische Position, das, wogegen ich mich geäußert habe, und das habe ich, glaube ich, vorher im Zusammenhang schon deutlich gemacht, ich habe was dagegen, dass der Staat dafür sorgt, dass Arme ärmer werden und gleichzeitig Reiche reicher werden durch staatliche Intervention, das ist das, wogegen ich mich ausspreche und ich glaube, dass wir das auch mit unserem Budget und unseren Budgetansätzen in einem wesentlichen Punkt in der Stadt Graz zeigen, dass das nicht unbedingt so sein muss. Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, es ist ganz klar geworden einmal mehr, dass die Arbeit in der Stadtregierung bedingt, dass man sich für sein Ressort einsetzt und dass man versucht, das Möglichste umzusetzen, was in der eigenen politischen Vorstellung am Programm steht und das, was auch notwendig ist, was zu den so genannten Pflichtleistungen gehört, ordentlich und gut erledigt werden soll. Das ist hier und

heute auch deutlich ausgedrückt worden und findet durchaus mein Verständnis. Ich glaube aber, wenn wir vieles von dem, was hier und heute als Zukunftsvision, als wichtige Perspektive dargestellt worden ist, erreichen wollen, dann müssen wir zuerst dafür sorgen, dass wir den budgetären Spielraum dafür gewinnen. Und ich möchte ja niemanden enttäuschen, aber in mancher Hinsicht sind wir tatsächlich erstmalig in einer Situation und in einer Belastungssituation in dieser Größenordnung, wie das heute schon mehrfach geschildert worden ist. Ich möchte noch Bezug nehmen auf ein Wort von Kollegen Eisel-Eiselsberg einmal mehr, er hat, glaube ich, sehr richtig gesagt, was aus seiner Sicht in der Stadt notwendig ist und da decken sich ja wohl seine Ansichten mit vielen von uns hier im Raum auch über weite Strecken mit meinen Überzeugungen. Er hat auch gesagt, dass wir uns alle bemühen und er hat ein Wort zum Finanzreferenten gesagt, es gibt also keine allwissenden Finanzreferenten, die in gottgleicher Weisheit sichere Entscheidungen treffen können, das gibt es tatsächlich nicht, wäre ja auch völlig unmenschlich und ich möchte auch diesen Eindruck, dass ich das von mir denken würde, gar nicht erwecken, sondern im Gegenteil zerstreuen. Ich denke das nicht, ich setzte mich nur so wie allen anderen Mitglieder der Stadtregierungen für Positionen ein, die ich für wichtig und notwendig halte und ich hoffe, dass es in der Vergangenheit mir gelungen ist, das zu tun, ohne jemanden zu kränken, zu verletzen oder Überheblichkeit zu suggerieren, die mir in diesem Zusammenhang jedenfalls bewusst fremd ist. Ich glaube, das, was wir tun, hat der Bürgermeister sehr, sehr gut beschrieben, wir versuchen in einem eigentlich sehr guten Klima, und da beziehe ich jetzt ausdrücklich die so genannten oppositionellen Fraktionen im Gemeinderat mit ein, die Stadt Graz einen Schritt weiterzubringen aus unterschiedlicher Sichtweise, mit unterschiedlichen Positionen, vielleicht auch mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und auch mit unterschiedlichem persönlichem Stil, aber, und das muss ich persönlich sehr anerkennen, mit großer Überzeugung und im allerbesten Willen, etwas Gutes für diese Stadt zu erringen und dafür bedanke ich mich an dieser Stelle und heute (*Applaus ÖVP und SPÖ*). Damit kann ich zu den Vorträgen im Zusammenhang mit den notwendigen Budgetbeschlüssen kommen, Herr Bürgermeister.